

Seismograph Sachsen

Die (Anti-)Zeitenwende in Transformationsregionen



Friedrich W. Opitz
Associate Fellow, Zentrum
für Klima und Außenpolitik



DANKSAGUNG

Für den fortwährenden fachlichen Austausch bedankt sich der Autor bei den Kolleginnen und Kollegen des Europa-Zentrums der DGAP, insbesondere Dr. Linn Selle, Leonie Stamm und Jacob Ross. Besonderer Dank gilt Charlotte Schomaker, Werkstudentin im Projekt. DGAP-Direktor Thomas Kleine-Brockhoff danke ich für die Projektinitiierung und seine Teilnahme an den Kneipengesprächen; ebenso Tim Bosch, DGAP Research Fellow, sowie Viktoria Rietig, DGAP, für die inhaltliche Zweitkorrektur.

Wir bedanken uns bei der Jungen DGAP Sachsen, insbesondere bei Florian Schulz, Aike Audu, Leonardo Dimeo, Lemmy Lindner, Mette Schacht sowie Menthe Arndt für ihr Engagement im Projekt. Außerdem danken wir Ivo Vacík und Fabian Soding von der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung für die gute Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Durchführung der Kneipengespräche.

Inhalt

Executive Summary	4
Einführung	5
Hintergrund	6
Von der Zeitenwende zum Epochenbruch	6
Der Nexus Innen- und Außenpolitik	6
Ostdeutschland in der „Pionierrolle“?	8
Zur Methodik	9
Analyse und Diskussion	11
Analyse: 36 Jahre Zeitenwende	
1. Am Küchentisch: Transformationserbe und relative Abstiegs Erzählung	11
2. Weltbilder und Akteure: nicht zwangsläufig Teil des „globalen Westens“	14
3. Ein souveräneres Europa zwischen „Osten“ und „Westen“	15
Diskussion: Leitfragen für die politische und gesellschaftliche Debatte	16
1. Frühindikator, nicht Sonderfall	16
2. Teilhabe und Repräsentation –	
Wie erreicht die politische Mitte die Resonanzräume?	17
3. Ein souveräneres Europa: Chance oder Einfallstor?	19
Empfehlungen und Ausblick	21
Prozedural: zu den Menschen gehen	
1. Transformationserfahrung als Kompetenz erkennen und Teilhabe sicherstellen	21
2. Beteiligung in der Fläche	21
Distributiv: wirtschaftlichen Nutzen schaffen	22
3. Verteidigungsinvestitionen in regionaler Wertschöpfung verankern	22
4. Corporate Democratic Responsibility	22
Programmatisch: Europa zwischen „Ost“ und „West“	23
5. Schutzschild und Problemlöser	23
6. Mitteleuropa ins Zentrum rücken	23
Fazit: vom Sprint in den Marathon	24

Executive Summary

Während in Berlin im Zuge der Zeitenwende über Budgets, Bündnisse und strategische Prioritäten diskutiert wird, ist die Lebensrealität vieler Menschen von diesen Debatten entkoppelt – auch in Ostdeutschland. Diese Entfremdung gefährdet den gesellschaftlichen Rückhalt für außenpolitisches Handeln. Zugleich mobilisieren AfD und BSW mit einer Art „Anti-Zeitenwende“ vor allem im Osten gegen den neuen außenpolitischen Kurs. Diese explorative Studie untersucht, wie die (Anti-)Zeitenwende vor Ort aufgenommen wird und welche Spielräume für eine innenpolitisch zustimmungsfähige Außenpolitik jenseits populistischer und nationalautoritärer Polarisierung bestehen. Grundlage sind Tiefeninterviews sowie Kneipen- und Stadtgespräche in Sachsen.

Die Analyse identifiziert drei Tiefengeschichten: Erstens wird die Zeitenwende von vielen Interviewten vor dem Hintergrund von 36 Jahren Strukturwandel seit der Wiedervereinigung betrachtet. Sie erscheint deshalb weniger als historischer Bruch, sondern vielmehr als eine von mehreren politischen Wendungen. Mit dem Ende der Friedensdividende wird Außenpolitik zur Verteilungs- und Identitätsfrage. Akzeptanz für Aufrüstung scheint mit der Frage verbunden, ob ihr Nutzen konkret erfahrbar ist, zum Beispiel in Form von Jobchancen.

Zweitens ist die Westbindung keine Selbstverständlichkeit. Erfahrungen mit dem innerdeutschen Gefälle prägen auch den Blick auf die internationale Politik. „Interessen vor Werten“ ersetzt dabei zunehmend „Interessen statt Werten“ – zugespitzt im Motto „Miete vor Moral“. Soll heißen: Bevor man sich wertepolitisch einmischen kann, müssen zunächst die wirtschaftlichen Grundlagen gesichert sein,

Drittens wünschen sich die Interviewten ein souveräneres, nach Mitteleuropa geöffnetes Europa. Sie sind pro-europäisch, aber zugleich anfällig für eine nationalpopulistische Umdeutung zum „Europa der Vaterländer“. Dieses Narrativ wird inzwischen nicht mehr nur aus Moskau, sondern auch aus Washington befeuert.

Die ostdeutsche Skepsis ist damit weniger Verweigerung der Aufrüstung als eine Sensibilität dafür, wie ihre Lasten verteilt werden und wer mitentscheidet. Sachsen fungiert in unserer Studie als Seismograph, nicht als Sonderfall: Ausschläge, die hier verzeichnet werden, betreffen Strukturwandelregionen weit über deutsche Grenzen hinaus.

Für die Politik bedeutet das: Vertrauen kann nicht im Sprint hergestellt werden, sondern nur im Marathon. Dafür braucht es Zeit, wiederholten Austausch und Durchhaltevermögen. Daraus ergeben sich drei Leitlinien.

Erstens muss Beteiligung vor Ort beginnen – und die europäische und die Bundesebene müssen lokale und regionale Akteure gezielt unterstützen. Prozedural sollten Auswärtiges Amt, Verteidigungsministerium und Bundeswehr ostdeutsche Transformationserfahrung als Kompetenz begreifen und die Repräsentationslücke in ihren eigenen Reihen schließen. Gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Bildungsträgern wie Volkshochschulen und Berufsschulen können sie Menschen dort erreichen, wo sie ohnehin zusammenkommen.

Zweitens müssen Menschen vor Ort vom wirtschaftlichen Nutzen der Verteidigungsinvestitionen profitieren. Bund und Länder sollten regionale Wertschöpfung und Forschung fördern und Dual-Use-Ansiedlungen bei der Vergabe berücksichtigen. Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften können dazu beitragen, Demokratie und Beteiligung vom Küchentisch an die Werkbank zu tragen. Es gilt: „Wer mitbezahlt, soll profitieren.“

Drittens braucht es eine überzeugende und konstruktive europäische Perspektive. Bundesregierung, EU und die Parteien der Mitte sollten Europa als Schutzschild und Problemlöser zwischen Washington und Peking positionieren. Grenzüberschreitende Infrastruktur kann dieses Narrativ regional verankern. Zudem könnte ein „Görlitz Security Forum“ ostdeutsche Bundesländer und Mitteleuropa ins Zentrum Europas rücken.

Einführung

Deutschland befindet sich inmitten einer außen- und sicherheitspolitischen Zeitenwende. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich die deutsche Außenpolitik grundlegend verändert. Während in Berlin über Budgets, Bündnisse und strategische Prioritäten diskutiert wird, bleiben diese Debatten vom Alltag vieler Menschen entkoppelt – auch in Ostdeutschland. Diese Entfremdung gefährdet den gesellschaftlichen Rückhalt für außenpolitisches Handeln. In der außenpolitischen Debatte fehlt häufig die Verbindung zwischen politischem Zentrum und den Perspektiven von Bürgerinnen und Bürgern in der Peripherie.

Parallel zur außenpolitischen Zeitenwende haben Anti-Establishment-Bewegungen wie AfD und BSW weiter an Unterstützung gewonnen, besonders in Ostdeutschland. Bei den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegt die AfD in Umfragen vielerorts vorn – für Sachsen sehen aktuelle Erhebungen die Partei mit rund 42 Prozent als stärkste Kraft. AfD und BSW greifen die außenpolitische Entfremdung auf und mobilisieren im Sinne einer „Anti-Zeitenwende“ gegen liberaldemokratische Institutionen sowie gegen eine wertegeleitete und westorientierte Außenpolitik.¹

Gleichzeitig zeigen gesamtdeutsche Befunde: Eine große Mehrheit der Deutschen nimmt das weltpolitische Geschehen zunehmend als Teil ihres Alltags wahr und fühlt sich von den Folgen internationaler Politik betroffen. Gleichzeitig zweifelt sie an der Handlungsfähigkeit Deutschlands auf der Weltbühne.² Die Frage ist also nicht, ob Außenpolitik gesellschaftlich ankommt. Entscheidend ist, wie sie ankommt – und ob die Parteien der Mitte ein überzeugendes und konkurrenzfähiges Programm bieten können.

Ostdeutschland eignet sich besonders gut, um lokale Resonanzräume von Außenpolitik zu untersuchen. Hier treffen außenpolitische Entscheidungen unmittelbar auf soziale und wirtschaftliche Transformationserfahrungen. Strukturwandel, Deindustrialisierung und Repräsentationslücken überschneiden sich

mit außenpolitischen Maßnahmen wie Sanktionspolitik, Wehrpflicht und Rüstungsinvestitionen. Zugleich steigen Energie- und Lebenshaltungskosten, Arbeitsplätze geraten unter Druck und die wirtschaftliche Zukunft wird unsicherer. Die Folgen der Zeitenwende werden vor Ort unterschiedlich wahrgenommen – und nicht selten umgedeutet – und treffen in unseren Gesprächen auf Veränderungsmüdigkeit, Abstiegserzählungen und ein Gefühl von Kontrollverlust. Dieses Spannungsfeld macht sichtbar, wo Brüche und Verständigungsprobleme entstehen und warum Teile der Bevölkerung der deutschen Außenpolitik skeptisch gegenüberstehen.

Diese Studie geht zwei Leitfragen nach:

- Auf welche gesellschaftlichen Resonanzböden trifft die (Anti-)Zeitenwende in Ostdeutschland? Dazu untersuchen wir zunächst die Hintergründe der Zeitenwende und ihr Zusammenspiel mit innenpolitischen Entwicklungen in Sachsen.
- Welche Spielräume gibt es für eine Außenpolitik, die auch jenseits populistischer und national-autoritärer Anti-Establishment-Mobilisierung gesellschaftliche Zustimmung findet? Diese Frage steht im Mittelpunkt der Ergebnis- und Diskussionskapitel. Anschließend werden konkrete Maßnahmen beschrieben, die Außenpolitik anschlussfähiger machen können.

Um diese Fragen zu beantworten, stützen wir uns auf Tiefeninterviews, Kneipenabende und Stadtgespräche mit lokalen Akteurinnen und Akteuren (siehe Methodik). Ziel der Studie ist es, die Verbindung zwischen Bundespolitik und ostdeutscher Alltagserfahrung zu untersuchen. Im Mittelpunkt steht dabei die gesellschaftliche Resonanz: Wie finden Elemente der (Anti-)Zeitenwende Anschluss an Alltagserfahrungen, Frustrationen und Zukunftsvorstellungen jenseits parteipolitischer Bindungen?

1 vgl. Jacob Ross, Anatomie der Anti-Zeitenwende: Konturen einer AfD-Außenpolitik, DGAP Analyse Nr.4 (Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 2025), 17, <https://doi.org/10.60823/DGAP-25-43014-de>.

2 vgl. Lisa Höhn und David Melches, Deutschlands Rolle in einer Welt im Wandel: Perspektiven und Bedarfe unserer Gesellschaft (Berlin: More in Common, Oktober 2025), https://www.moreincommon.de/wp-content/uploads/2025/10/251027_MIC_DeutschlandsRolleinderWelt_RZ.pdf.

Hintergrund

Bundeskanzler Olaf Scholz prägte den Begriff der „Zeitenwende“ in seiner Bundestagsrede vom 27. Februar 2022. Deutschland müsse als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine Verantwortung für eine regelbasierte internationale Ordnung übernehmen und auch bereit sein, dafür zu zahlen.³ Es folgte eine historische Neuausrichtung: ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, kontinuierliche militärische und finanzielle Unterstützung für die Ukraine sowie die Abkehr von Grundsätzen, die jahrzehntelang als unverrückbar galten. Deutschland verabschiedete sich im Eiltempo von seinem Selbstbild als Zivilmacht. Unter „Außenkanzler“ Friedrich Merz wurde dieser Prozess weiter beschleunigt: mit einer stärkeren europäischen Koordinierung der Ukrainepolitik und massiven Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit. Spätestens mit dem Wehrdienstmodernisierungsgesetz kommt diese Neuausrichtung auch im Alltag der deutschen Bevölkerung an.

VON DER ZEITENWENDE ZUM EPOCHENBRUCH

Mit dem Beginn der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump im Januar 2025 beschleunigte sich die Zeitenwende weiter. Trumps Treffen mit Putin in Alaska und sein wiederholter erhobener Besitzanspruch auf Grönland, der Verteidigungsminister Boris Pistorius von einem „Epochenbruch“ sprechen ließ, verdeutlichen die neue globale Bedrohungslage. In dieser gilt nunmehr das Ziel, Deutschland zur stärksten konventionellen Militärmacht Europas zu entwickeln. Die am 1. Januar 2026 eingeführte verpflichtende Erfassung aller Wehrpflichtigen und die kontroverse Debatte um die Genehmigungspflicht für Auslandsaufenthalte junger Männer zeigen, wie die Zeitenwende vom abstrakten Politikprogramm zur Lebensrealität der deutschen Bevölkerung wird.

Die Entwicklung von der Zeitenwende zum Epochenbruch vollzog sich in hoher Geschwindigkeit und ohne eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, was die Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik für verschiedene Regionen, Generationen und soziale Milieus bedeutet. Die Montagsdemonstrationen in Städten wie Chemnitz und Gera seit 2022 zeigen, dass Außenpolitik in ostdeutschen Milieus zu einem Mobilisierungsthema geworden ist.⁴ Der gleichzeitige Aufstieg des BSW und die anhaltende Stärke der AfD zeigen, dass diese Mobilisierung auch im Parteiensystem Wirkung entfaltet. Beides vollzieht sich vor dem Hintergrund einer politischen Anti-Establishment-Landschaft, die sich über mehr als drei Jahrzehnte des Strukturwandels entwickelt hat.⁵

Auf den Montagsdemos hieß es plakativ unter anderem: „Ami Go Home“, „Grüne und Kriegstreiber an die Ostfront“ und „Warum Radwege in Peru und keine Spielplätze hier?“⁶ Bedeutet das „(Ost-)Deutschland First“? Jacob Ross zeigt in seiner Anatomie der Anti-Zeitenwende, wie die AfD ein zunehmend kohärentes außenpolitisches Angebot aufbaut: Interessen statt Werte, multipolare Ordnung statt eines kollektiven Westens, taktischer Transatlantismus bei fortbestehender Russlandnähe. Damit reiht sich die AfD in einen internationalen postliberalen Trend ein. Auch Jordan Bardella, französischer Präsidentschaftskandidat des Rassemblement National, wirbt für ein nationalistischer geprägtes Europa, das mehr Souveränität verspricht und unabhängig von den sich zurückziehenden USA werden soll.⁷

DER NEXUS INNEN- UND AUSSENPOLITIK

Außenpolitische Entscheidungen sind nicht losgelöst von innenpolitischen Dynamiken. Robert Putnams theoretische Pionierarbeit zum „Zwei-Ebenen-Spiel“

3 vgl. Olaf Scholz, „The Global Zeitenwende: How to Avoid a New Cold War in a Multipolar Era“, *Foreign Affairs* 102, Nr. 1 (Januar/Februar 2023).

4 vgl. Erik Vollmann, Paulina Fröhlich und Florian Ranft, „Mir reicht's“ Bürger. Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23 (Berlin: Das Progressive Zentrum, 2023), https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2023/02/Studie_Mir_reicht's_Buerger_Montagsdemonstrationen_Progressives-Zentrum.pdf.

5 vgl. David F. Patton, „Monday, Monday: Eastern Protest Movements and German Party Politics since 1989.“ *German Politics* 26, Nr. 4 (2017): 480–497, <https://doi.org/10.1080/09644008.2017.1365136>.

6 vgl. Erik Vollmann und Friedrich W. Opitz, „Protest Movements Between Social Justice, Peace, and Anti-Establishment Politics? Evidence from Monday Demonstrations in Eastern Germany.“ *German Politics* (2026), March, 1–22.

7 vgl. Michaela Wiegel und Niklas Záboji, „Wir werden nationales Recht über Europarecht stellen: Jordan Bardella von Rassemblement National“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. Mai 2026.

zeigt, dass internationale Verhandlungen stets auch auf innenpolitischer Ebene geführt werden: Nur wer innenpolitisch größtmögliche Zustimmung mobilisiert, bleibt außenpolitisch handlungsfähig.⁸ Fehlt dieser Konsens, entstehen Legitimitätslücken, die populistische Bewegungen nutzen können. Das zeigt sich auch am Aufstieg populistischer Parteien seit dem Brexit-Referendum 2016. Dass diese Lücke auch für Deutschland besteht, haben Mader und Schoen empirisch belegt.⁹ In ihrer Analyse nach Russlands Völlinvasion der Ukraine identifizieren sie „keine Zeitenwende auf Ebene der öffentlichen Meinung“ – trotz des in Berlin wiederholt konstatierten Epochenbruchs.

Neuere Befunde der Universitäten Leipzig und München zeigen, dass die Sorge vor einem militärischen Konflikt mit Russland zunimmt.¹⁰ Vor diesem Hintergrund steigt auch die Zustimmung zu höheren Verteidigungsausgaben. Allerdings konzentriert sich die Untersuchung auf militärische Lösungen. Gründendere Fragen nach Ursache, Wirkung und Begründungslogiken der Bedrohungswahrnehmung werden nicht eruiert. Mit Blick auf den zunehmenden Erfolg der „Anti-Zeitenwende“-Parteien scheint es fragwürdig, aus den steigenden Zustimmungswerten eine belastbare Grundlage für eine fundamentale Neuausrichtung der Außenpolitik abzuleiten. Die Zustimmung bleibt reaktiv und an Bedingungen geknüpft.

Für den Nexus von Innen- und Außenpolitik folgt daraus: Die empirischen Befunde liefern allenfalls Hinweise darauf, ob eine Kursänderung auf Zustimmung stößt. Sie beantworten jedoch nicht die Frage, wie diese Kursänderung gestaltet werden sollte. Gerade dieses „Wie“ entscheidet über ihre gesellschaftliche Tragfähigkeit.

Auch mit Blick auf andere Gesellschaften und andere Themen wird das Spannungsfeld zwischen Innen- und Außenpolitik an der Frage nach dem „Wie“ deutlich.

Beim Klimawandel geht es beispielsweise oft weniger um den Befund als um die Frage, wie mit ihm umgegangen wird. Die französischen Gelbwesten-Proteste illustrieren diesen Mechanismus: Klimapolitisch motivierte Kraftstoffsteuern – als Teil internationaler Verpflichtungen – werden dort von Pendlerinnen und Pendlern sowie von Teilen der Landbevölkerung nicht selten als von der Pariser Elite auferlegte Lastenverteilung wahrgenommen.¹¹ Im Mittleren Westen der USA wurden Freihandelsabkommen als Ursache für Deindustrialisierung wahrgenommen und politisiert – eine Entfremdung, die über die Grenzen des US-amerikanischen Zweiparteiensystems hinweg wirkte und Unternehmen wie Gewerkschaften erfasste.¹² Trump mobilisierte diese Entfremdung 2016 gezielt und übertrug sie im Wahlkampf 2024 auch auf die Klimapolitik. Mit dem Slogan „Green New Scam“ und dem Austritt aus dem Pariser Abkommen stilisierte er internationale Klimaverpflichtungen zum Inbegriff elitärer Politik, die zulasten von Stahlarbeitern in Pittsburgh und Beschäftigten der Frackingindustrie im benachbarten West Virginia gehe.

Ikenberry zieht aus diesen Entwicklungen einen weitreichenden Schluss: Die größte Herausforderung für den liberalen Multilateralismus kommt heute nicht von außen – also von revisionistischen Mächten wie China oder Russland –, sondern von innen: Die gesellschaftlichen Koalitionen, die diese Ordnung über Jahrzehnte getragen haben, erodieren.¹³ Die liberale Weltordnung verliert ihre gesellschaftliche Verankerung, weil abstrakte Bündnisverpflichtungen und konkrete Lebensrealitäten zunehmend auseinanderdriften. Auch der Versuch der Biden-Regierung, eine „Foreign Policy for the Middle Class“ zu verfolgen, scheiterte letztlich daran, dass die Kluft zwischen außenpolitischem Anspruch und gelebter Alltagserfahrung in Teilen der US-Gesellschaft zu tief geworden war.¹⁴ Für diese Studie bedeutet das: Was wir in Chemnitz, Görlitz und bei Gesprächen an ostdeutschen Küchentischen beobachten, ist kein regionaler

8 vgl. Robert D. Putnam, „Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games“, *International Organization* 42, Nr. 3 (1988): 427–460.

9 vgl. Matthias Mader und Harald Schoen, „No Zeitenwende (yet): Early Assessment of German Public Opinion Toward Foreign and Defense Policy After Russia's Invasion of Ukraine“, *Politische Vierteljahresschrift* 64, Nr. 3 (2023): 525–547. Die Autoren identifizieren auf Basis von Paneldaten keine fundamentale Einstellungsänderung trotz der auf Elitenebene ausgerufenen Zeitenwende.

10 Die Befragung (Juli–September 2025) dokumentiert breite Zustimmung zu militärischer Wehrhaftigkeit: 77 Prozent befürworten höhere Verteidigungsausgaben, 70 Prozent einen Anteil von mindestens 3 Prozent des BIP und 60 Prozent einen personellen Ausbau der Bundeswehr. Zugleich bleibt die Zustimmung bedingt: Eine Finanzierung durch Umschichtung wird Steuererhöhungen vorgezogen, während die Ukrainehilfe als einzige Maßnahme keine Mehrheit findet. Dazu ausführlicher in der Diskussion. Vgl. außerdem Sebastian Blesse, Philipp Lergetporer, Clara Pache und Helen Zeidler, „Gefahr im Verzug?“, *ifo Schnelldienst* 1/2026, 70–77.

11 vgl. Mathilde Martin und Mine Israr, „The 'End of the World' vs. the 'End of the Month': Understanding Social Resistance to Sustainability Transition Agendas, a Lesson from the Yellow Vests in France“, *Sustainability Science* 16, Nr. 2 (2021): 601–614, <https://doi.org/10.1007/s11625-020-00877-9>.

12 vgl. Lainey Newman und Theda Skocpol, *Rust Belt Union Blues: Why Working-Class Voters Are Turning Away from the Democratic Party* (New York: Columbia University Press, 2023). Die Autorinnen untersuchen, wie sich Anti-Establishment-Dynamiken unter Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber Gewerkschaftsführungen und der demokratische Parteiführung entwickeln.

13 vgl. G. John Ikenberry, „The End of Liberal International Order?“ *International Affairs* 94, Nr.1, (2018): 7–23, <https://doi.org/10.1093/ia/iix241>.

14 Zur Konzeption einer innenpolitisch rückgebundenen US-Außenpolitik vgl. Sullivan, Jake: „The Sources of American Power.“ *Foreign Affairs* 102, Nr. 6 (2023); vgl. außerdem Jake Sullivan und Jennifer Harris zu Handelspolitik und Mittelschicht im Vorfeld der Biden-Regierung.

Sonderfall. Es ist ein lokaler Ausdruck jener innenpolitischen Erosion, die liberale Demokratien weltweit systemisch destabilisiert.

Im deutschen Kontext wirkt das Ende der Friedensdividende besonders stark. Mehr als 30 Jahre lang schien Außenpolitik ein Positivsummenspiel: Freihandel schuf Wohlstand, Multilateralismus galt als kostengünstig, Abrüstung ermöglichte steigende Sozialausgaben. Diese Logik ist inzwischen gebrochen. Die Zeitenwende hat deshalb weitreichende verteilungspolitische Implikationen. In Ostdeutschland trifft sie auf eine Region, die seit 1989 gelernt hat, dass historische Zäsuren ihre Kosten ungleich verteilen. Mader und Kollegen zeigen, was auch in den Interviews dieser Studie anklingt: Sobald abstrakte Sicherheitsversprechen mit spürbaren Lasten verknüpft werden, bricht die öffentliche Unterstützung für europäische Sicherheitskooperation zusammen – ein „crumbling in the face of cost“.¹⁵

Die deutsche Bevölkerung erscheint dabei nicht einfach als gespalten zwischen „Pazifisten“ und „Kriegstreibern“. Entgegen der verbreiteten Polarisierungsthese zeigen Mau, Lux und Westheuser, dass eine breite gesellschaftliche Mitte bestimmte Grundüberzeugungen teilt. Der Eindruck einer tief gespaltenen Gesellschaft entsteht vielmehr dadurch, dass die politischen Ränder den öffentlichen Diskurs dominieren, während eine entideologisierte Mitte ihre Positionen oft nicht deutlich artikuliert.¹⁶ Deshalb richtet dieses Projekt den Blick auf die Grautöne zwischen den politischen Lagern: auf Haltungen, die in kaum einem Parteiprogramm vorkommen, aber Gespräche prägen. Laut Mau und Kollegen entzünden sich politische Konflikte an „Triggerpunkten“ – Momenten wahrgenommener Ungleichbehandlung, die Emotionen auslösen und politische Auseinandersetzungen prägen. Genauso können sie auch sogenannte Tiefengeschichten triggern, denen wir im Folgenden nachgehen.

OSTDEUTSCHLAND ALS PIONIER

Warum lohnt es sich, Ostdeutschland gesondert in den Blick zu nehmen, obwohl dort mit 16 Millionen Menschen nur rund ein Fünftel der deutschen Bevölkerung lebt? Nicht weil Ostdeutschland ein homogenes Problemgebiet wäre. Sondern weil bestimmte politische Geographien als Laboratorien verstanden werden können: Entwicklungen, die sich dort zuerst und in konzentrierter Form zeigen – etwa Vertrauensverlust in Institutionen, Entfremdung von außenpolitischen Elitendiskursen oder die Suche nach neuen Formen politischer Zugehörigkeit – treten andernorts mit zeitlicher Verzögerung auf.¹⁷ Weisskircher warnt zu Recht vor einer „Exotisierung Ostdeutschlands“ – der Aufstieg der AfD ist ein transnationales Phänomen, kein regionales Sonderproblem.¹⁸ Ostdeutschland ist daher kein Ausreißer, sondern ein Frühindikator.

Sachsen tritt dabei aus diversen Gründen hervor. Die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland ist komplexer, als das Bild der ewigen Krisenregion suggeriert. Nach dem Tiefpunkt der frühen 2000er Jahre – Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und Deindustrialisierung – hatte die Region in den 2010er-Jahren mühsam Boden gutgemacht: Technologieintensive Industrien siedelten sich an, die Arbeitslosigkeit sank und Städte wie Leipzig und Dresden verzeichneten nach Jahrzehnten des Rückgangs wieder demografisches Wachstum. Dieser Aufschwung steht jedoch auf wackeligen Beinen. Er beruhte unter anderem auf niedrigen Energiepreisen, stabilen Lieferketten und dem günstigen Arbeitsmarktumfeld der Nachwendejahrzehnte.

Die Zeitenwende trifft hier auf weiterhin bestehende strukturelle Verwundbarkeiten. Die sächsische Wirtschaft hat 2025 laut Statistischem Landesamt 15.000 Arbeitsplätze verloren, davon knapp 9.000 in der Industrie – mehr als jedes andere Bundesland. Seit 2019 summiert sich der Rückgang auf 23.000 Arbeitsplätze.¹⁹ Die Automobilregion Südwestsachsen mit dem VW-Werk Zwickau und dem Chemnitzer Motorenwerk steht zugleich vor dem doppelten Druck: durch die Elektromobilitäts-Transformation und

15 Matthias Mader et al., „Crumbling in the Face of Cost? European Security Cooperation and the Limits of Public Support“, *European Union Politics* 25, Nr.3 (2024), 483–503, <https://doi.org/10.1177/1465116524123677>. Vgl. außerdem Mader und Schoen, „No Zeitenwende (yet)“

16 Steffen Mau, Thomas Lux, und Linus Westheuser. *Triggerpunkte*. (Berlin: Suhrkamp Verlag, 2023) <https://www.suhrkamp.de/epub/triggerpunkte-t-9783518776766>.

17 vgl. Steffen Mau, *Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt* (Berlin: Suhrkamp, 2024).

18 vgl. Manes Weisskircher, „Internationaler Rechtsruck“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. August 2024.

19 vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, „2025 stärkster absoluter Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen im Deutschlandvergleich“, *Medieninformation 4/2026*, Kamenz, 27. Januar 2026, https://www.statistik.sachsen.de/download/presse-2026/mi_statistik-sachsen-004-2026_erwerbstaetigkeit-2025.pdf.

geopolitisch bedingte Lieferkettenstörungen. Gleichzeitig entstehen neue wirtschaftliche Schwerpunkte – etwa durch Halbleiterinvestitionen rund um Dresden und Rüstungsproduktion in Görlitz. Das zeigt: Sachsen ist keine monolithische Abstiegsregion. Die wirtschaftliche Entwicklung geht vielmehr auseinander: zwischen wachsenden Hochtechnologie-Clustern und schrumpfenden Industriestandorten, zwischen Investitionsmagneten und demografischen Problemzonen. 19 der 22 ältesten Regionen Europas liegen in Ostdeutschland, nicht wenige davon in Sachsen.²⁰

Die politische Landschaft spiegelt diese Fragmentierung wider: AfD, BSW, Freie Sachsen, parteilose Kandidatinnen und Kandidaten sowie kleiner werdende Fraktionen von Grünen, FDP und SPD. In dieser Parteienlandschaft sind die etablierten Blöcke der alten Bundesrepublik kaum noch zu erkennen. Vorländer und Herold beschreiben Sachsen als Land mit einer „labilen demokratischen Kultur“: nicht pathologisch, aber anfällig für Ressentiment und Populismus, mit starken regionalen Unterschieden.²¹ Früh zeigten die sogenannten PEGIDA-Demonstrationen den Zulauf zu außerparlamentarischen Gruppen, die den Diskurs über Jahre prägen würden. Die Zeitenwende legt diese wirtschaftliche und politische Fragilität nun weiter frei. Die Energiekrise, der Niedergang des deutschen Exportmodells und geopolitisch bedingte Lieferkettenstörungen treffen den Osten nicht als abstrakte geopolitische Phänomene, sondern als konkrete Bedrohungen für eine mühsam erreichte wirtschaftliche und soziale Stabilität. Damit stellt sich umso dringlicher die Frage, welche analytische Bedeutung Ostdeutschland für das Verständnis der Zeitenwende hat.

Mau spricht von einer „Phantomgrenze“ im gegenwärtigen deutschen Diskurs: Wenn man den Westen zur Norm nimmt, „begreift man den Osten vor allem als Abweichung, nicht in seinen Eigenheiten“.²² Diese Warnung sollte auch die Analyse leiten. Zugleich lässt sich daraus eine andere Perspektive ableiten: Ostdeutschland und Sachsen sind keine beliebige Region. Sie sind eine Art Pioniergebiet. Entwicklungen, die sich andernorts erst ankündigen – die Entfremdung von außenpolitischen Elitendiskursen, der Vertrauensverlust in Institutionen und die Suche nach neuen Formen politischer Zugehörigkeit – sind hier

früher eingetreten, stärker ausgeprägt und deshalb besonders gut beobachtbar. Wer verstehen will, welche Spannungen die Zeitenwende in westlichen Demokratien freisetzt, kann Ostdeutschland als Frühwarnsystem lesen – und aus den dort gemachten Erfahrungen lernen.

METHODIK

Methodisch greift diese Arbeit auf das Konzept der „Tiefengeschichten“ zurück, das Arlie Russell Hochschild in ihrer Analyse US-amerikanischer Transformationsregionen wie des Rust Belt entwickelt hat: Jenseits überprüfbarer politischer Fakten verdichten sich in solchen Erzählungen emotional wahrgenommene Wahrheiten über Zugehörigkeit, Anerkennung und Ungerechtigkeitserfahrungen.²³ Das Erkenntnisinteresse richtet sich bewusst nicht auf die programmatischen Angebote der Anti-Zeitenwende, sondern auf deren Nachfrageseite: Wo finden populistische Angebote Anschluss an Alltagserfahrungen jenseits parteipolitischer Bindungen, und welche gesellschaftlichen Resonanzböden schaffen dafür die Voraussetzungen?

Die Erhebung folgt einem qualitativen, triangulierenden Design und stützt sich auf vier Formate mit mehr als 30 Gesprächen, die zwischen November 2025 und Mai 2026 geführt wurden. Zu den zentralen Ankerpunkten gehörten drei öffentliche Kneipengesprächsabende in Chemnitz in Zusammenarbeit mit der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Erstens wurde das Format als niedrigschwelliger und dialogischer Zugang zum Feld entwickelt: Fachleute nahmen dabei an einzelnen Tischen Platz und kamen nach einem kurzen Input mit den Teilnehmenden zu weltpolitischen Themen ins Gespräch. Die Themen reichten von Akteuren wie Trump und Putin bis hin zu den Auswirkungen der Energiepolitik auf den sächsischen Alltag. Im Mittelpunkt standen jedoch die Themen, die sich aus Gesprächen unter den Kneipenbesuchern und -besucherinnen entwickelten.

Zweitens führten wir qualitative, halboffene und leitfadengestützte Tiefeninterviews mit überwiegend jungen Menschen zwischen 18 und 35 Jahren, die in

20 vgl. Philip Oltermann, Sam Jones, Jennifer Rankin und Pamela Duncan, „Germany and Spain Scramble to Reverse the Flight of Youth“, The Guardian, 2. März 2020, <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/02/germany-spain-scramble-reverse-the-flight-youth-eastern-europe>.

21 vgl. Hans Vorländer und Maik Herold, „Ein unruhiges Land: Sachsen und seine labile demokratische Kultur“, Zeitschrift für Politikwissenschaft 33, Nr. 4 (2023): 709–736.

22 vgl. Mau, Ungleich Vereint, 10, 18.

23 vgl. Arlie Russell Hochschild, Stolen Pride: Loss, Shame, and the Rise of the Right (New York: The New Press, 2024); vgl. auch Arlie Russell Hochschild, Strangers in Their Own Land: Anger and Mourning on the American Right (New York: The New Press, 2016).

Zusammenarbeit mit der Jungen DGAP unter anderem nach dem Schneeballprinzip rekrutiert und interviewt wurden.²⁴ Die Altersfokussierung wurde bewusst gewählt: Sie ermöglicht zu beobachten, welche am Küchentisch tradierten Tiefengeschichten über die eigene DDR- oder Transformationserfahrung hinaus an eine Generation weitergegeben werden, die die deutsche Wiedervereinigung nicht selbst erlebt hat – und wie stabil solche Erzählungen bleiben, wenn sie auf Überlieferung statt auf eigener Erfahrung beruhen. Die Interviewten stammten aus Sachsen, vereinzelt auch aus Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Drittens ergänzten Vertiefungsgespräche mit lokalen Vermittlern und Vermittlerinnen im Rahmen von Stadtgesprächen in Görlitz die Erhebung. Dazu gehörten Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Sportvereinen, Wirtschaft und Kirche. Als lokale Vermittler mit privilegiertem Zugang zu unterschiedlichen lokalen Milieus konnten sie Einblicke in die Wahrnehmungen und Erfahrungen von Menschen geben.

Viertens wurden die vorliegenden Befunde in einem Werkstattgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Think-Tanks diskutiert und die daraus abgeleiteten Politikempfehlungen geprüft.

Die Zusammensetzung der Gesprächspartnerinnen und -partner zielte auf einen möglichst breiten gesellschaftlichen Querschnitt. Der Feldzugang erfolgte über die offenen Kneipenformate, über lokale Vermittler als Türöffner zu ihren jeweiligen Netzwerken sowie bei den Interviews nach dem Schneeballprinzip. Alle Gespräche wurden anonymisiert ausgewertet. Namen und personenbezogene Details wurden verändert oder ausgelassen. Die Grenzen des Designs sind klar: Der Kreis der Teilnehmenden ist bewusst heterogen angelegt, bildet aber keine repräsentative Stichprobe. Die geografische Verdichtung auf die Ankerorte Chemnitz und Görlitz schränkt zudem die Aussagekraft für Sachsen insgesamt ein. Eine statistische Repräsentativität wird entsprechend nicht beansprucht; die Befunde haben einen explorativen und hypothesengenerierenden Charakter. Ihre Stärke liegt darin, Grautöne und emotional geprägte Wahrnehmungen sichtbar zu machen, die in der polarisierten Debatte untergehen, politisch aber entscheidend sein können.

24 vgl. Michael Meuser und Ulrike Nagel, Ulrike, „Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage“, in Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft, hrsg. Von Susanne Pickel et al. (Wiesbaden: VS Verlag, 2009), 465–479.

Analyse und Diskussion

ANALYSE: 36 JAHRE ZEITENWENDE

Ob und inwiefern Tiefengeschichten eine Skepsis gegenüber der Zeitenwende verstärken und damit einen Resonanzboden für alternative Außenpolitikentwürfe bereiten, ist eine der Teilfragen, denen die folgende Analyse nachgeht. Um die mangelnde Resonanz deutscher Außenpolitik im Osten zu verstehen, identifiziert diese Studie drei kollektive Narrative, die unter der Oberfläche liegen und als Filter für die Wahrnehmung aktueller weltpolitischer Ereignisse wirken.²⁵ Diese Tiefengeschichten sind nicht immer explizit formuliert, sondern zeigen sich als wiederkehrende Muster in den Erzählungen der Befragten. Sie strukturieren das Denken, Fühlen und die politische Urteilskraft der Befragten und ihres Umfeldes. Die Interviewerinnen fragten nach der Wahrnehmung der Zeitenwende, nach prägenden weltpolitischen Akteuren („Trauen sie Trump oder Putin?“) und nach den Vorstellungen von Außenpolitik für Jetzt und Morgen („Zugbrücke hoch oder runter?“). Ähnliche Leitfragen bestimmten die Kneipen- und Stadtgespräche.

Die Antworten ergeben ein klares Bild: Zwischen der offiziell proklamierten Bundespolitik der „Zeitenwende“ und den gelebten Realitäten der Befragten besteht eine Diskrepanz. Die Wahrnehmung globaler Krisen und geopolitischer Verschiebungen wirkt unmittelbar auf den Alltag ein und verstärkt ein latentes Gefühl mangelnder Teilhabe und begrenzter Einflussmöglichkeiten. Dieses Spannungsfeld ist in den Gesprächen von den Erfahrungen systemischer, wirtschaftlicher und biografischer Transformationen geprägt. Die dabei zum Vorschein kommenden Perspektiven sind ambivalent. Sie beschreiben eine Transformationsmüdigkeit nach 36 Jahren individuell erlebter Zeitenwende, eine Distanz zum „globalen Westen“ und den Wunsch nach einem souveräneren Europa.

Gegenüber Russland differenzieren viele Interviewpartner zwischen staatlicher Führung und russischer

Zivilgesellschaft. Gegenüber den Vereinigten Staaten überwiegen hingegen Irritation und Skepsis – weniger gegenüber dem Prinzip nationaler Interessenpolitik als gegenüber ihrer konkreten Ausformung unter Präsident Trump. „(Ost-)Deutschland zuerst“ scheint als Slogan mehrheitsfähig; was damit konkret gemeint ist, bleibt allerdings eine jener Leerstellen, die unterschiedlich ausgelegt werden. Eine multipolare Weltordnung wird nicht primär als Bedrohung, sondern als Chance für eine partnerschaftliche Neuausrichtung verstanden. Die folgenden drei Erzählungen reichen von der eigenen Transformationserfahrung über das daraus erwachsende Weltbild – eine nicht unbedingte Westbindung – bis hin zu einer konstruktiven politischen Vision: einem souveränen Europa, das den Osten stärker in den Blick nimmt. Tabelle 1 gibt einen vergleichenden Kurzüberblick.

1. Am Küchentisch: Transformationserbe und relative Abstiegs Erzählung

Die Interviews zeigen, dass nicht nur die DDR-Prägung, sondern vor allem die Erfahrungen aus vier Jahrzehnten Strukturwandel einen Einfluss auf die Weltanschauung der Befragten und ihrer Familien haben. Am sprichwörtlichen Küchentisch artikulieren die Interviewpartner eine latente Skepsis gegenüber „denen da oben“, gegenüber staatlichen Institutionen, etablierten Parteien und der „institutionalisierten“ Politik im Allgemeinen. Die Befragten beschreiben ein anhaltendes Gefühl mangelnder Selbstwirksamkeit, das viele in ihrem Umfeld empfinden und das sie auch auf die biografischen Brüche nach 1989/90 zurückführen. Daran scheint auch das außenpolitische Empfinden vieler Befragten anzuknüpfen. Es herrscht das Gefühl, „Spielball der Großmächte“ zu sein und ohnehin keinen Einfluss nehmen zu können. Gegenüber den Interviewerinnen und Interviewern heißt es teils überrascht: „Zu Außenpolitik hat mich noch nie jemand gefragt“ oder: „Darf ich dazu überhaupt was sagen, ohne Ahnung zu haben?“

²⁵ vgl. Hochschild; siehe auch Katherine J. Cramer, *The Politics of Resentment: Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*, Chicago Studies in American Politics (Chicago: University of Chicago Press, 2016).

Drei Tiefengeschichten im Überblick

Tiefengeschichte	Außenpolitische Übersetzung	Beispielzitate
1. Transformationserbe und Abstiegs Erzählung Systemwechsel 1989/90 und 36 Jahre Strukturwandel als biografische Dauererfahrung; dreifacher Abstieg (demografisch, wirtschaftlich und politisch); Verlust an Selbstwirksamkeit.	Die Zeitenwende erscheint nicht als Bruch, sondern als eine von vielen Wendeerfahrungen. Mit dem Ende der Friedensdividende wird Außenpolitik zur Verteilungsfrage. Es wird angenommen, dass Aufrüstung weniger Geld für Soziales bedeutet und Ressourcen „nach außen“ fließen, während das Innere vernachlässigt wirkt.	„Zeitenwende? Ich habe den Begriff unter Scholz als Beleidigung empfunden. Bei uns verändert sich alles konstant seit 1989.“ „KNDS bringt aber wenigstens Jobs.“
2. Keine selbstverständliche Westbindung Fortwährendes Ost-West-Gefälle; mangelnde Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen (der wirtschaftliche Verlust gilt als Beleg, dass man nicht Teil „des Westens“ ist); reaktive ostdeutsche Identität; intergenerationell weitergegebene Erfahrungen.	Das innerdeutsche Gefälle wird aufs Geopolitische projiziert: Die USA gelten als Sinnbild für den „westlichen Imperialismus“ und Russland wird differenziert – nicht per se positiv – gesehen. Der Ukrainekrieg wird „auf Lasten des Ostens [Ostdeutschland und Mitteleuropa]“ geführt.	„Der Westen ist saturiert; man fühlt sich hier nicht automatisch mit dem Westen verbunden.“ „In der Wahrnehmung der Leute geht der Krieg auf Lasten Ostdeutschlands.“ „Manche fühlen sich mittlerweile als Bürger dritter Klasse: zuerst die Westdeutschen, dann die Polen, dann wir.“
3. Souveränes Europa mit dem Blick nach Osten Selbstbehauptung gegenüber Peking und Washington; gelebte Grenzregion-Erfahrung; pragmatische Priorisierung von Wohlstand und Arbeitsplätzen vor abstrakten Prinzipien wie „Miete vor Moral“.	Wunsch nach einem souveränen Europa mit stärkerem Fokus auf Mittel- und Osteuropa. EU ja, „kollektiver Westen“ nein. Wirtschaftliche Stärke und Diplomatie haben Vorrang vor militärischer Macht. Keine grundsätzliche Ablehnung der Aufrüstung – sofern sie auch wirtschaftlichen Nutzen schafft.	„Wir brauchen einen 180-Grad-Wandel – der Blick muss nach Osten, nicht nach Brüssel.“ „Europa muss von Lissabon bis Kiew gedacht werden.“

Quelle: eigene Darstellung

Die „Zeitenwende“ wird dabei in den Gesprächen ambivalent wahrgenommen. Eine erste Gruppe kann mit dem Begriff wenig anfangen und assoziiert damit allgemein die Krisen der vergangenen Jahre, etwa die Coronapandemie, als einschneidende Erlebnisse. Ein Teil verbindet mit der Zeitenwende Angst vor Aufrüstung und der kommenden Wehrpflicht. Andere empfinden den Begriff vor dem Hintergrund von 36 Jahren Strukturbrüchen geradezu „als Beleidigung: Damit waren garantiert nicht wir gemeint.“ Die Wortwahl von Ex-Kanzler Scholz sei schlicht „witzlos.“ Da die ostdeutsche Bevölkerung seit dem Mauerfall permanente biografische, gesellschaftliche und ökonomische Transformation erlebt, erscheine die Zuschreibung einer plötzlichen, neuartigen Zeitenwende als

realitätsfern. Aus dieser Sicht handelt es sich nicht um einen historischen Bruch, sondern um die Fortsetzung einer dauerhaften Transformation, deren gegenwärtige politische Deutung an den realen Sorgen der Menschen vorbeigeht.

» **Zeitenwende? Ich habe den Begriff unter Scholz als Beleidigung empfunden. Bei uns verändert sich alles konstant seit 1989.**

Diese Transformationsmüdigkeit ist untrennbar mit einer Abstiegs Erzählung verknüpft, die sich auf drei Ebenen entfaltet: dem demografischen Abstieg (schrumpfende, alternde Bevölkerung, fehlende Generationen), dem wirtschaftlichen Abstieg (Verlust

von Industrie und wirtschaftlicher Identität) und dem politischen Abstieg – dem Eindruck, dass Deutschland auf der Weltbühne immer kleiner wird und auch innenpolitisch keine starke Führung findet. Diese dreifache Abwärtsbewegung verstärkt die Skepsis gegenüber einer Außenpolitik, die Ressourcen nach außen lenkt, während das eigene Land als vernachlässigt erlebt wird.

» In Zeiten von Olaf Scholz, das war keine gute Epoche. Er war überhaupt nicht präsent. Und das nach Angela Merkel. Jetzt Friedrich Merz – wir sind irgendwie nicht wirklich nach oben, es ging eher bergab.«

Mit der Zeitenwende verbundene Friedenswünsche und Kriegssorgen speisen sich ebenfalls aus historischen Reminiszenzen an die DDR-Zeit. Staatliche Überwachung, verpflichtender Wehrdienst, die Erfahrung, dass Sicherheitspolitik dem Einzelnen auferlegt wurde und er sie nicht mitgestalten konnte. Sie wirken teils als Folie, vor der auch die aktuelle Remilitarisierungsdebatte gelesen wird. Die Sorge, dass Deutschland in Konflikte hineingezogen werden könnte, „die nicht unsere sind“, ist verbreitet. Am Küchentisch verdichtet sie sich zur konkreten Sorge um die nachfolgende Generation. Die Familie erscheint dabei nicht als Rückzugsraum, sondern als weiteres Spannungsfeld, in dem Politik teils umschifft wird, zugleich aber als Ressource, aus der heraus die Befragten die Welt deuten. So entstehen auch zwischen Generationen unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen.

» Die Bedrohungswahrnehmung ist eine andere: Wer zu DDR-Zeiten gehört hat, die Sowjetunion ist der Friedensengel und die anderen führen Expansionskriege, der lässt sich von Berlin 35 Jahre später nicht das komplette Gegenteil erzählen.«

Wirtschaftliche Sorgen durchziehen die Gespräche am Küchentisch. Steigende Lebenshaltungskosten und die wahrgenommene oder reale Verschlechterung der Lage werden unmittelbar mit außenpolitischen Entscheidungen verbunden: dem Ende billiger Energielieferungen aus Russland, den Folgen der Sanktionspolitik, dem Zerbrechen eines Wirtschaftsmodells, das auf günstiger Energie und günstigen Arbeitskräften beruhte. Dass dieses Modell zerbricht, treffe „den Osten zuerst und besonders“. Hier wird eine verteilungspolitische Dimension deutlich, die sich durch viele Gespräche zieht: Mit dem Ende der Friedensdividende und der Schaffung diverser

Sondervermögen wird Außenpolitik zur Verteilungsfrage. Der Unmut richtet sich dabei nicht abstrakt gegen Russland oder die Ukraine, sondern konkret gegen eine Bundespolitik, die die verteidigungspolitischen Mehrkosten als notwendig erklärt, ohne die innenpolitischen Kosten dieser Entscheidung zu adressieren. In der Wahrnehmung vieler geht der Krieg „zu Lasten Ostdeutschlands“ und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Osten Europas.

» Man hat mittlerweile Angst, gegenüber den Polen zurückzufallen, zu Bürgern ‚dritter Klasse‘ zu werden.«

Damit verwoben ist die demografische Realität Ostdeutschlands. Einige der ältesten Regionen Europas liegen hier; Überalterung ist außerhalb Leipzigs oder Dresdens Dauerzustand. „Uns fehlt mindestens eine Generation – vor allem die, die was auf der Kirsche haben“, heißt es. Daraus erwachsen ein besonderes „ökonomisches Sicherheitsbedürfnis nach beruflicher Absicherung“ und nachdenkliche Einwände gegen die Aufrüstungsrhetorik, gerade unter jüngeren Menschen: „Bei so einer alten Gesellschaft, was soll man da überhaupt noch militärisch verteidigen?“ Die Prioritäten verschieben sich: weg von globalen Perspektiven, hin zur Erhaltung der eigenen Lebensumgebung. Bemerkenswert ist, dass dieselben Befragten klarstellen, Freundinnen und Freunde sowie ihr näheres Umfeld sehr wohl verteidigen zu wollen: Die Ablehnung richtet sich nicht gegen Verteidigung an sich, sondern gegen ihre abstrakte, als fremdbestimmt empfundene Begründung. Wo Industrie wegbricht – „Waggonbau Niesky, Bombardier Görlitz, das fehlt mittlerweile alles“ – wird auch die Rüstungsproduktion pragmatisch gesehen: „KNDS bringt wenigstens Jobs.“ Es seien, so Interviewte, „die Strukturprobleme, die die Menschen der AfD in die Arme treiben“ – nicht unbedingt die Ideologie oder das politische Angebot.

KURZEINDRUCK AUS DEM FELD:

„Ich sehe die Rüstungspolitik nicht als Kriegstreiberei, sondern als Investition in Sicherheit“, sagt ein angehender Handwerksmeister. Seine Verwandtschaft dagegen sehe es durchweg „als Kriegstreiberei“ an. Er beschreibt sein Umfeld als zunehmend pessimistisch und Deutschland als Akteur, der „am Rand steht und seine Qualitäten nicht nutzt“. Auf die Frage nach globalem Engagement heißt es: „Man sollte sich grundlegend nur in Probleme einmischen, die man selbst verursacht hat.“ An verschiedenen Stellen verweisen Gesprächspartnerinnen und -partner darauf, dass vor allem ihr Umfeld abweichende Meinungen und Einstellungen vertrete. Sie selbst zeigen sich im Kontrast dazu eher gemäßigt.

2. Weltbilder und Akteure: Nicht zwangsläufig Teil des „globalen Westens“

Das Weltbild der Befragten und ihrer Familien scheint von einer kritischen Haltung gegenüber den USA und „dem Westen“ geprägt, während Russland ambivalent gesehen wird. Die USA werden als Sinnbild des „westlichen Imperialismus“ charakterisiert und der Irak-Krieg dient als Beispiel für das kontroverse Handeln des Westens. Das Verhalten Russlands wird demgegenüber oft relativiert. Es bleibt der Eindruck, dass „der Ami“ derjenige sei, der die entscheidenden Fäden zieht. Diese Sichtweise hat sich auch historisch entwickelt: Wurde Russland in der DDR ambivalent betrachtet, ist heute „der Ami“ als globale Supermacht verblieben, dessen Handeln kritisch gesehen wird. Derweil findet Präsident Trumps Linie, sich „um sein Land zuerst zu kümmern“ Zuspruch.

» Generell ist die Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik nicht mehr vorhanden. Viele wollen einfach in Ruhe gelassen werden. Die Menschen wollen nicht über Trump oder Putin nachdenken. Trump findet man schwierig, abgehoben – aber „unser Land zuerst“, das funktioniert.«

Diese Haltung ist weniger geopolitische Analyse als eine Art Projektion innerdeutscher Erfahrungen auf die weltpolitische Ebene. Das fortbestehende Gefühl eines „Ost-West-Gefälles“ – die Wahrnehmung, dass ostdeutsche Lebensleistungen von Westdeutschen nicht ernst genommen würden, und dass man zu Gunsten anderer zu kurz gekommen ist – überträgt sich indirekt auf die internationale Bühne. „Der

Westen ist saturiert. Man fühlt sich hier nicht einfach nur wegen der Wende automatisch mit dem Westen verbunden“, heißt es, und: „Die Wessis haben kein Verständnis von dem, was die Osis erlebt haben.“ In solchen Aussagen zeigt sich auch eine grundsätzliche Distanz zum „Westen“ und zu dem politischen Selbstverständnis, das nach dem Ende des Kalten Krieges zum Maßstab wurde, etwa dem „Ende der Geschichte“-Narrativ. Viele Ostdeutsche erleben ihre eigene Geschichte als Abweichung von diesem westdeutschen Maßstab. Wer den politischen und gesellschaftlichen Umbruch nach 1990 nicht als selbstverständlich erlebt hat, identifiziert sich auch außenpolitisch nicht bruchlos mit „dem Westen“.

Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch eine wirtschaftliche Lesart: Dass der Krieg „zulasten des Ostens“ geführt werde, wird zum weiteren Beleg dafür, dass die Berliner Außenpolitik nicht der eigenen Sache diene – ein „Grundbefremden“, an dem sich Identitätsfragen neu entzünden. Diese Suche nach glaubwürdiger Repräsentation prägt auch, welche Akteure als glaubwürdig und anschlussfähig gelten. Bei der Frage nach politischer Repräsentation wird Sahra Wagenknecht genannt, die „regelrecht symbolisch für den ostdeutschen Küchentisch“ stehe – ein Hinweis auf erhebliche sonstige Repräsentationslücken, die Menschen so gleich „in Bubbles reindrängen, wo sie vielleicht eigentlich gar nicht hinwollten“. Tino Chruppalla und Verteidigungsminister Boris Pistorius werden auf nationaler Ebene erwähnt; auffällig dabei ist generell, dass es sich um Akteure handelt, die noch relativ neu in der bundespolitischen Landschaft sind und betont bürgernah auftreten: „Da sagt einer halt auch mal die Tatsachen so, wie sie wirklich sind.“ Die Russlandhaltung dagegen ist differenzierter, als es das Schlagwort einer „prorussischen“ Stimmung nahelegt, die teilweise von BSW und AfD suggeriert wird. Unterschieden wird zwischen staatlicher Führung und Zivilgesellschaft. Der „harte Cut“ in den deutsch-russischen Beziehungen wird kritisch gesehen, weil er Einfluss und die Möglichkeit zur Völkerverständigung zerstöre. Die Erzählung der Westbindung hat kaum Resonanzboden. Nicht weil die Alternative „Russland“ wäre, sondern weil die Selbstverortung im „kollektiven Westen“ nicht per se als die eigene erlebt wird.

» Es gibt einen gewissen russlandfreundlichen Blick unter den Älteren, weil Russland einfach auch dazugehört. Gleichzeitig fühlen wir uns den Ukrainern verbunden, weil sie unsere Art zu leben teilen.«

Anzumerken ist, dass viele Gesprächspartnerinnen und -partner Werte wie friedliches Miteinander und Völkerverständigung nicht als dezidiert „westliche“ Werte betrachten, sondern als ihre eigenen oder als universelle Werte artikulieren. Das legt nahe, dass nicht der Wertekern der Außenpolitik, sondern dessen Framing im Mittelpunkt der Kritik steht. Es wird von Empathie für ukrainische Geflüchtete erzählt und sich an die große Hilfsbereitschaft im Moment des Kriegsausbruchs erinnert. Parallel bleibt aber eine gewisse Haltung bestehen, die auf den Nenner „Miete vor Moral“ heruntergebrochen werden kann. Gemeint ist damit nicht Gleichgültigkeit gegenüber globalen Problemen, sondern eine andere Priorisierung: Erst wenn die eigene wirtschaftliche Stabilität gesichert ist – Arbeitsplätze, Infrastruktur und soziale Absicherung – könne Deutschland international glaubwürdig handeln. Diese Logik wird pragmatisch kontextualisiert, nicht ideologisch. Sie bildet auch das Fundament, auf dem die konstruktive Vision eines souveräneren Europas aufbaut.

3. Ein souveräneres Europa zwischen „Osten“ und „Westen“

Aus der grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Zeitenwende erwächst keine prinzipielle Verweigerung, sondern ein Anspruch, Politik selbst mitzugestalten. Zwar sehen die Befragten Deutschland als „Spielball“ und nicht als aktiven Gestalter der Weltpolitik. Kritisiert wird vor allem, dass das Land es allen recht machen wolle und sich aus Angst „vor der eigenen Geschichte“ zu sehr zurückhalte. Zugleich besteht aber die Erwartung, dass Deutschland eine stärkere, eigenständigere Rolle übernimmt. Europa gilt dabei als zentraler Ankerpunkt. Die Zustimmung zu Europa ist robust. Kritik richtet sich nicht gegen die europäische Integration, sondern gegen eine als alternativlos westlich empfundene Ausrichtung. Man wünscht sich ein Europa, „das als Ganzes mehr politische und wirtschaftliche Mitbestimmung hat und sich nicht von China und den USA abhängig macht“. Die EU solle bleiben, „aber von dem kollektiven Westen und der USA würde ich mich lösen, weil mir gerade der Osten als besserer Handels- und Vertragspartner erscheint“. Diese Vision wird anhand klarer Forderungen deutlich:

» Wir brauchen einen 180-Grad-Wandel in der Außenpolitik. Der Blick muss nach Osten und Osteuropa gehen, nicht nach Brüssel.«

Gemeint ist kein Rückzug, sondern eine Art Neuvermessung – ein Projekt, in dem die ehemaligen Grenzregionen zwischen „altem“ Osten und „Westen“ vom Rand ins Zentrum rücken. Dass „Merz seit Amtsantritt

nicht sechsmal in Warschau war“, gilt als Beleg eines „reinen westwärts Hinkens“, das die Beziehungen seit der Wiedervereinigung geprägt habe. Vorgeschlagen wird eine „Görlitzer Sicherheitskonferenz“ nach Münchner Vorbild, „wo wir Mitteleuropa versammeln können“. Dahinter steht eine kulturelle Tiefenschicht, die im Wiedervereinigungsprozess unbearbeitet geblieben sei – darunter das „schlesische und osteuropäische Erbe“ und die gewachsenen Beziehungen zu Tschechien und Polen. Genau hier verorten die Befragten auch eine demokratiepolitische Gefahr: Dass „zwischen Ost und West in Europa zu wenig aufgearbeitet“ sei, gebe „AfD und PiS so viele Leerstellen, die sie besetzen können“. Polen wird dabei nicht als Bedrohung wahrgenommen, sondern als Maßstab: „Mit Polen und Tschechen ist man fein – die sind nicht das Problem.“ Wo Grenzsicherung gefordert wird, richtet sie sich „nicht gegen Polen, sondern gegen das, was über Polen hineinkommt“.

» Europa muss von Lissabon bis Kiew gedacht werden, von Santiago de Compostela bis Lwiw.«

Hinter der Forderung nach dem Blick nach Osten liegt eine tiefere Frage, die immer wieder auftaucht: „Wer sind wir?“ Früher war man DDR-Bürger, dann war man nichts: „Bundesbürger waren die anderen.“ Die Identifikation mit Deutschland beschränkte sich auf kurze Momente, bevor man sich wieder nach innen zurückzog. Heute stellt sich die Frage nach der Identität in der Grenzregion zwischen Deutschland, Polen und Tschechien erneut: nicht im Sinne einer Nationserzählung, sondern als Suche nach einem Europa, das die eigene Geschichte – beispielsweise das schlesische Erbe, die Dreiländereck-Identität und die gewachsenen Nachbarschaften – nicht als Belastung, sondern als europäische Ressource begreift.

Unter dieser Vision liegt auch eine wirtschaftliche Tiefengeschichte, die politisch unterschätzt wird. Die Lausitz sei immer eine Energieregion gewesen, meinen einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: von der Druschba-Pipeline, die viele „in ihrer Jugend mitgebaut“ haben, bis zur Braunkohle. Kohleausstieg und Russland-Sanktionen werden auch als „gekappte Lebensadern“ erlebt. Als Nord Stream 2 gesprengt wurde, „hat man sich hier schon gefragt, wo das noch hinführen soll“. Das deutsche Wirtschaftsmodell aus günstiger Energie und günstigen Arbeitskräften zerbricht und trifft den Osten zuerst, besonders aufgrund seiner Strukturbedingungen, aber auch, weil viele Puffer und Rücklagen fehlten. Die ökonomische Grundrechnung ist dabei nicht Ausdruck von

Gleichgültigkeit, sondern einer erfahrungsgesättigten Priorisierung: Wer nach der Wendezeit erlebt hat, dass große Zäsuren ihre Kosten ungleich verteilen, schaut bei neuen Vorhaben schneller auf den Preis.

Unter diesen Bedingungen wird auch auf Außenpolitik geblickt. Bei der Abwägung zwischen Werten und Interessen tendieren die Befragten dazu, Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, da ein „zerstörtes“ oder „kaputtgewirtschaftetes“ Deutschland niemandem nütze. Diese Logik ist nicht prinzipienlos: Es wird durchaus der Wunsch geäußert, sich von Staaten, die Menschenrechte verletzen, abzukoppeln – solange dies nicht in wirtschaftliche Not führt. Sie ist auch nicht antimilitärisch, sondern setzt Prioritäten: „Die militärische Stärke kommt mit der wirtschaftlichen Stärke einher – ich würde mich lieber auf die wirtschaftliche konzentrieren“, und militärisches Handeln „so lange wie möglich durch Diplomatie herauszögern“.

» **Der Radweg in Peru – für das Land eine coole Sache, aber bringt uns jetzt relativ wenig im Alltag. Überall geht das Geld hin mit Hilfsgütern, aber unser Land ist wirtschaftlich nicht auf der Höhe.«**

Insgesamt zeigt sich ein Bild Ostdeutschlands, das von einer Skepsis gegenüber der aktuellen Außenpolitik, einem stärkeren Fokus auf innere wirtschaftliche und soziale Probleme sowie einer offenen Suche nach Identität und Rolle in Europa geprägt ist. Die „Zeitenwende“ wird nicht als Neuanfang wahrgenommen, sondern als Fortsetzung eines seit der Wende andauernden Transformationsprozesses, verbunden mit Unsicherheiten und dem Gefühl des Abgehängtwerdens. Diese Wahrnehmung führt nicht automatisch zu einer Abkehr von Europa, sondern zu dem Wunsch nach einem eigenständigeren Europa, das zwischen China und den USA seinen eigenen Kurs verfolgt, wirtschaftliche Stabilität priorisiert und Mitteleuropa stärker einbindet.

DISKUSSION: LEITFRAGEN FÜR DIE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

Die Zeitenwende trifft in unseren Gesprächen auf eine Teilbevölkerung, die Veränderung seit 36 Jahren als Konstante wahrnimmt. Was im außenpolitischen

Berlin als Epochenbruch verhandelt wird, erscheint hier als eine weitere Wende in einer Reihe von Veränderungsprozessen – von der Treuhand über die EU-Osterweiterung bis zum Kohleausstieg –, die in der Wahrnehmung vieler eher von oben herab verordnet als gemeinsam entwickelt und getragen wurden. Auch die Wiederaufrüstung im Zuge der Zeitenwende scheint sich hier einzureihen, insbesondere das Aushebeln der Schuldenbremse und die finanzielle Mobilisierung für das Fünf-Prozent-Ziel der NATO. Das damit verbundene Ende der Friedensdividende rückt zwei Fragenkomplexe in den Vordergrund: Verteilungs- und Teilhabefragen ebenso wie Identitäts- und Repräsentationsfragen – wer wollen wir in Europa sein, und für wen wird Außenpolitik gemacht?

Vor diesem Hintergrund verdichten sich die im Befundteil dargelegten Tiefengeschichten zu drei Befunden, die das folgende Kapitel diskutiert, und aus denen jeweils eine Leitlinie für die weitere politische und gesellschaftliche Debatte erwächst. Die Transformationserfahrung bildet dabei die Leinwand, vor der sich die Grautöne abheben; dass gesamtdeutsch 55 Prozent ihr Land als „Spielball der Großmächte“ wahrnehmen, zeigt zugleich, dass Sachsen Befunde aufweist, die auch über Ostdeutschland hinaus anschlussfähig sind.²⁶ Die entwickelten Leitfragen leiten zu den Handlungsempfehlungen in Kapitel 6 über und bieten so konkrete Erkenntnisse aus unserer explorativen Studie. Sie markieren die Spielräume, an denen eine (Außen-)Politik der Mitte ansetzen kann, bevor die Ränder sie besetzen.

1. Frühindikator, nicht Sonderfall: die Zeitenwende als Verteilungsfrage

Die entscheidende Frage der Zeitenwende scheint weniger zu sein, ob man Verteidigung prinzipiell befürwortet, sondern wer ihre Kosten trägt. Mit dem Ende der Friedensdividende stellt Außenpolitik für viele die Verteilungsfrage: Aufrüstung heißt, so die eine Lesart, weniger Geld fürs Soziale. Der Krieg in der Ukraine gehe etwa wirtschaftlich ohnehin schon „auf Lasten des Ostens“. Verschärfend kommt zu den strukturellen Bedingungen dazu, dass finanziell sowohl bei Unternehmerinnen und Unternehmern als auch bei Privathaushalten geringere Puffer bestehen. Theoretisch entspricht diese Gemengelage sowohl den Konflikten, die von Mau, Lux und Westheuser in der Oben-Unten-Arena sozioökonomischer Verteilungskonflikte gefunden werden, als auch dem Befund, dass öffentliche Zustimmung erodiert, sobald

26 vgl. Höhn und Melches, S. 21.

abstrakte Sicherheitsversprechen mit spürbaren Lasten verknüpft werden.²⁷

Die Verteilungsdebatte hat längst die Ebene der Landespolitik erreicht. Auf der Ministerpräsidentenkonferenz auf Schloss Ettersburg bestanden die ostdeutschen Regierungschefs im September 2025 nach Beratungen mit Bundeskanzler Merz und Verteidigungsminister Pistorius darauf, dass der Osten von den milliardenschweren Rüstungsausgaben stärker profitieren müsse. Sie beschlossen, sich für die verstärkte Ansiedlung von Produktions- und Instandsetzungskapazitäten in Ostdeutschland einzusetzen. In unseren Gesprächen schlägt sich dieselbe Perspektive nieder: Die Übernahme des Görlitzer Waggonwerks durch KNDS wird als Quelle von Arbeitsplätzen begrüßt. Auch in anderen Gesprächen zeigt sich ein Sicherheitsbegriff, der oft mit Arbeitsplatzsicherheit beginnt und Rüstung auch als Jobchance begreift. Die Verteilungsfrage wird damit zunehmend zu einer strukturierenden Achse in der ostdeutschen Landespolitik. Strukturell bleibt allerdings festzuhalten: 90 Prozent der deutschen Rüstungsunternehmen befinden sich in westdeutschen Bundesländern. Damit einher geht eine Sorge, die nicht nur Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Sven Schulze umtreibt: „Ich werde es nicht akzeptieren, dass aus Ostdeutschland oder aus Sachsen-Anhalt vielleicht nur die Soldatinnen und Soldaten rekrutiert werden.“²⁸

Wie schwer die Verteilungsfrage zu adressieren ist, zeigen auch die Entwicklungen des Frühjahrs 2026. Einerseits kündigte Rheinmetall im Mai an, sein Engagement in Ostdeutschland auszubauen. 90 Prozent der deutschen Rüstungsindustrie befindet sich bislang in Westdeutschland und der Konzern erklärte, dies werde sich „im Zuge der Zeitenwende“ verändern. Eine im März 2026 vorgelegte Studie im Auftrag des Verbandes Automotive Thüringen sieht für kriselnde Autozulieferer in Sachsen und Thüringen Chancen in der Wehrtechnik, etwa bei Optik, Photonik und Sonderfahrzeugbau. Andererseits dämpfen Fachleute die Erwartungen. Die Rüstung sei „kein Auffangbecken, sondern bestenfalls eine Beschäftigungsbrücke“, so die IG Metall.²⁹ Ein Bruchteil der in

der kriselnden Autoindustrie freiwerdenden Beschäftigten könne eins zu eins wechseln. Das IWH erwartet zudem, dass das Gros der Rüstungsinvestitionen weiterhin nach Westdeutschland fließt, während die ostdeutsche Wirtschaft zusätzlich durch den demografischen Schwund belastet ist.³⁰ Die Teilhabeforderung trifft auf strukturelle Realitäten – und genau hier entscheidet sich, ob sich die Verteilungssorgen weiter verschärfen.

Die ostdeutsche Skepsis ist damit weniger als Verweigerung der Aufrüstung zu lesen, sondern drückt eine Sensibilität für ihre Lastenverteilung aus – ein Befund, der an die Forschung zur „geography of discontent“ und zu den „places that don't matter“ anschließt. Es sind die Regionen, die sich als abgehängt erleben, in denen sich Unmut über Transformationsagenden zuerst politisch verdichtet.³¹ Dabei spielt auch die Bedrohungswahrnehmung eine Rolle: Wer die Begründung für diese politischen Agenden nicht teilt, blickt skeptischer auf die Milliarden, die für sie ausgegeben werden. Hier liegt die eigentliche Spannung der Leitfrage. Ostdeutschland ist kein Sonderfall, sondern ein Frühindikator. Das Ende der Friedensdividende stellt verschiedene Gesellschaften vor die Frage, wie sich kollektive Sicherheit und der Sozialstaat zugleich finanzieren lassen. Die Zeitenwende lässt sich im Osten kaum als Bruch mit der Vergangenheit vermitteln, verstärkt gleichzeitig aber Unsicherheiten, die viele Menschen täglich erleben. Sie kann nur überzeugend vermittelt werden, wenn ihre Lasten mit sicht- und spürbarer regionaler Teilhabe verbunden werden.

2. Teilhabe und Repräsentation – die Mitte muss anschlussfähiger werden

Die differenzierten Haltungen, die unsere Gespräche zutage fördern – zu Russland, zur Verteilungsfrage und zu Europa – weisen auf eine selektive Anschlussfähigkeit an die Programmatik der (Anti-)Zeitenwende hin. Selektiv deshalb, weil sich sowohl Anknüpfungspunkte als auch Abstoßungspunkte zeigen: Mit Ross' Konturen einer AfD-Außenpolitik deckt sich teilweise die nur bedingt befürwortete Westbindung, aber auch die Wahrnehmung, dass zunehmende Multipolarität eine Chance darstellt. Vom Multipolaritätsbegriff bis

27 vgl. Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser, Triggerpunkte; siehe auch Matthias Mader et al., „Crumbling in the Face of Cost?“

28 Marius Rudolph, „Was die neue Militärstrategie für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bedeutet“, MDR, 23. April 2026, <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/pistorius-militaerstrategie-ostdeutschland-aufruestung-100.html>

29 vgl. DPA, „Militär: Kann der Rüstungsboom den Strukturwandel im Land stützen?“, Süddeutsche Zeitung, 12. Mai 2026, <https://www.sueddeutsche.de/politik/militaer-kann-der-ruestungsboom-den-strukturwandel-im-land-stuetzen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-260512-930-6750>

30 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturformen noch dringlicher: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025, Dienstleistungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Nr. 1 (Essen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2025), https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2025/05/GD25F_final.pdf

31 vgl. Lewis Dijkstra, Hugo Poelman, and Andrés Rodríguez-Pose, „The Geography of EU Discontent“, *Regional Studies* 54, Nr. 6 (2020): 737–753, <https://doi.org/10.1080/00343404.2019.1654603>; Andrés Rodríguez-Pose, „The Revenge of the Places That Don't Matter (and What to Do about It)“, *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11, no. 1 (2018): 189–209, <https://doi.org/10.1093/cjres/rsx024>.

zum taktischen Transatlantismus lassen sich Anknüpfungspunkte erkennen, solange Außenpolitik dem eigenen Land dient. Andere Programmpunkte treffen hingegen nicht auf Resonanz: Das Russland- und USA-Bild der AfD spiegelt die Haltungen unserer Gesprächspartnerinnen und -partner nur bedingt. Russland gilt nicht als Partner, die USA scheinen negativ besetzt. Ein postliberaler Anti-Universalismus wird von den Befragten nicht geteilt, demokratische und menschenrechtliche Grundwerte werden eher befürwortet, und an die Stelle von „Interessen statt Werte“ tritt eher ein „Interessen vor Werten“ – eine Frage der Reihenfolge also, nicht des Entweder-oder.

Der politischen Mitte wird wenig Glaubwürdigkeit und Anschlussfähigkeit zugeschrieben. Sie ist artikulationsschwach und überlässt einen Resonanzraum, der keineswegs verloren, aber umkämpft ist. Bezeichnend ist, wem in diesem Raum am ehesten Glaubwürdigkeit zugeschrieben wird: Akteuren, die als „Anti-Establishment“ wahrgenommen werden, etwa Wagenknecht („symbolisch für den ostdeutschen Küchentisch“) und Chrupalla. Dass mit Pistorius auch ein Regierungsmitglied genannt wird, zeigt zugleich die Grenze dieser Logik: Glaubwürdigkeit speist sich nicht allein aus Oppositionsrhetorik, sondern aus der wahrgenommenen Bereitschaft, ostdeutsche Anliegen ernst zu nehmen. Genau hier setzt eine gegenläufige Entwicklung an: Ostdeutsche Ministerpräsidenten treten in der Außen- und Rüstungspolitik zunehmend fordernder auf und versuchen, den Resonanzraum von innen zu besetzen. Ob das in der Bevölkerung als glaubwürdige Interessenvertretung ankommt oder als weitere Volte des fernen Politikbetriebs wahrgenommen wird, bleibt offen.

Die im Befundteil beschriebene Skepsis gegenüber der Westbindung ist weniger ein Informationsdefizit als eine Frage der Zugehörigkeit und Repräsentation. Das fortbestehende Gefühl, ostdeutsche Lebensleistung sei abgewertet worden („Bundesbürger waren und sind die anderen“) überträgt sich auf die geopolitische Ebene. Wer sich nie als selbstverständlicher Teil des westdeutschen Projekts erlebt hat, identifiziert sich auch außenpolitisch nicht bruchlos mit „dem Westen“. Hochschilds Konzept der „Deep Stories“ und Mitzens Konzept der ontologischen Sicherheit erklären,³² warum reine Faktenkommunikation

diese Haltung nicht erreicht: Bedrohungen, die eine vertraute Selbsterzählung ins Wanken bringen, werden als genauso gefährlich erlebt wie materielle Risiken. Die Zeitenwende schlägt genau in diese Kerbe. Materielle Erfahrung und Identitätsfragen verstärken sich gegenseitig und erzeugen eine Skepsis, die weder durch bessere Kommunikation noch durch wirtschaftliche Kompensation allein aufzulösen ist. Es geht hier um emotionale Wahrheiten, denen mit Fakten allein nicht beizukommen ist.

Diese Dynamik ist zugleich sicherheitspolitisch relevant. Anfang Juni beschrieb der Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes bei einer Veranstaltung in Dresden, wie hybride Einflussnahme gezielt auch an Vertrauenslücken und Entfremdung ansetzt: über die Verbreitung von Abstiegs- und Deindustrialisierungsszenarien, durch ausländische Akteure von Russland bis JD Vance, aber auch durch Desinformationskampagnen in sozialen Medien.³³ Innenpolitische Entfremdung wird damit auch zu außenpolitischer Verwundbarkeit. Repräsentation und Teilhabe sind nicht nur demokratiepolitisch geboten, sondern auch als Schutz vor zu leichter Einflussnahme von außen. Die Zugehörigkeitsfrage hat dabei auch eine strukturelle Entsprechung, die sich messen lässt. Der Elitenmonitor der Universitäten Leipzig und Jena sowie der Hochschule Zittau/Görlitz zeigt, dass der Anteil Ostdeutscher in Spitzenpositionen zwischen 2018 und 2024 um gerade mal ein Prozent auf 12 Prozent gestiegen ist. In der Wirtschaft sank er derweil auf vier Prozent.³⁴ 85 Prozent der Ostdeutschen halten diese Repräsentation für ungerecht. Die Studienleitung formuliert, die Repräsentationslücke stärke das Gefühl, „Bürger zweiter Klasse“ zu sein – die strukturelle Entsprechung jener Küchentisch-Stimme, nach der man gegenüber den mitteleuropäischen Nachbarn zum „Bürger dritter Klasse“ werde.

„Teilhabe und Repräsentation“ muss daher zweierlei bedeuten: die deskriptive Repräsentation Ostdeutscher in den Eliten und die partizipative Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an außenpolitischen Entscheidungen. Dass beides auch die außenpolitische Resonanz stärken könnte, bringt die Formel der Ostbeauftragten Elisabeth Kaiser, „Repräsentanz schafft Akzeptanz“, zum Ausdruck. Offen bleibt, inwiefern institutionelles Misstrauen möglicherweise bereits

32 vgl. Jennifer Mitzen, „Ontological Security in World Politics: State Identity and the Security Dilemma“, *European Journal of International Relations* 12, Nr. 3 (2006): 341–370.

33 Für Zahlen verweist der Präsident des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Dirk-Martin Christian, sowohl auf den Verfassungsschutzbericht 2025 als auch den kommenden Sachsenmonitor 2026, www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2025.pdf

34 Die Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, „Elitenmonitor: ‚Pakt man es an, bewegt sich auch was‘“, 19. September 2025, <https://www.ostbeauftragte.de/ostb/Content/DE/Artikel/Aktuelles/News/2025/2025-09-19-ergebnisse-elitenmonitor.html>

zu groß ist, um allein über verbesserte Repräsentation abgebaut werden zu können.³⁵ Es stellt sich also eine weitere Leitfrage: Wie erreicht die demokratische Mitte diese Resonanzräume? Außenpolitische Zustimmung lässt sich nicht nur „besser kommunizieren“, solange die Frage von Teilhabe und Repräsentation ausgeklammert wird. Mehrere Gesprächspartnerinnen und -partner äußerten, dass zum Thema Außenpolitik „noch nie jemand“ an sie herangetreten sei. Beteiligungsformate, die dieser Frage Raum geben, sind dementsprechend keine politische Folklore, sondern auch eine Voraussetzung dafür, dass außenpolitische Argumente gehört werden und zugleich an die Tiefengeschichten der Menschen anknüpfen können. Hier scheinen sowohl internationale, nationale als auch kommunale Akteure gefragt, Resonanzräume zu schaffen.

3. Ein souveräneres Europa: Chance oder Einfallstor?

Aus der Zeitenwende-Skepsis erwächst in unseren Gesprächen keine unbedingte Hinwendung zum Nationalstaat, sondern der Wunsch nach einem souveräneren Europa, das wirtschaftlich gefestigt ist und sich nach Osten öffnet. Diese Haltung verdichtet sich zur Forderung nach einem „180-Grad-Wandel“. Der Blick müsse „nach Osten, nicht nach Brüssel“ gehen und Europa müsse „von Lissabon bis Kiew“ gedacht werden. Die Zustimmung zu Europa ist dabei robust. Sie richtet sich nicht gegen die europäische Integration, sondern gegen eine als alternativlos westlich empfundene Ausrichtung. Sachsens Grenzlage zu Polen und Tschechien ist in dieser Perspektive ein außenpolitisches Pfund, das bislang nur unzureichend genutzt wird: Der Zug auf polnischer Seite fährt schneller und die Strecke ist elektrifiziert; die Verbindung auf der deutschen Seite braucht deutlich länger und wird noch mit Diesel betrieben, weil seit Jahrzehnten die letzten 600 Meter Elektrifizierung fehlen. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ seien das nicht, fasst es ein Gesprächspartner lakonisch zusammen und weist damit auf konkrete Infrastrukturdefizite.

Hinter dieser Perspektive liegt auch eine Identitätsfrage, die über Infrastruktur hinausgeht. Das mittlereuropäische Erbe der Bundesrepublik, so ein wiederkehrendes Motiv in den Gesprächen, werde zu wenig anerkannt – als hätte die Westbindung der alten Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung diesen Teil der deutschen Geschichte mitbegraben. Für jüngere

Generationen, die die DDR nur aus Küchentischrechnungen kennen, setzt sich diese Erfahrung nicht per se als innerdeutsche Ost-West-Geschichte fort, sondern wird zur Frage, welchen Platz sie heute in der Welt einnehmen. Sie verorten sich zunehmend nicht gegen „die Wessis“, sondern außerhalb des „globalen Westens“ insgesamt, mit den USA als Gegenbild. Ein souveräneres Europa wird gefordert, um politisch und wirtschaftlich eigenständiger zu werden, aber auch, um mehr Zugehörigkeit zu schaffen: nicht nur im Sinne eines geopolitischen Programms, sondern auch als Identitätsangebot.

Die Spannung liegt in der Doppeldeutigkeit dieser Vision. Die Forderung nach einem souveränen Europa kann eine konstruktive, pro-europäische Gestaltungsidee sein. Sie kann aber auch zum Einfallstor für ein „Europa der Vaterländer“ werden, das die europäische extreme Rechte propagiert. Nach der Europawahl 2024 hat die AfD mit kleineren Parteien die Fraktion „Europe of Sovereign Nations“ gegründet, während sich das weitere rechte Lager in den „Patriots for Europe“ sammelt. Politikwissenschaftlich gilt das „Europa der Vaterländer“ als Kampfbegriff, der nationale Autonomie einfordert und sich zugleich rhetorisch auf Europa beruft.³⁶ Ein in Nationalinteressen zerfallendes Europa schwächt jedoch gerade jene globale Handlungsfähigkeit, die sich die Befragten wünschen.

Begünstigt wird diese Aneignung durch eine Leerstelle in der Mitte. Eine europapolitische Debatte der demokratischen Mitte findet oft zu verkürzt statt und erschöpft sich in „Brüssel-Bashing“ oder Bürokratiekritik. Damit überlässt sie den Rändern den Raum, Europa etwa eine stärkere Schutzfunktion zuzuschreiben. Die Europafrage ist also umkämpft und wird von verschiedenen Seiten als Kernfrage aufgegriffen. Spätestens seit der Veröffentlichung der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA mobilisiert auch die Trump-Regierung gegen die aktuelle EU und ihre supranationale Ausrichtung, und kündigt an, Widerstand in EU-Mitgliedstaaten zu fördern. Gleichzeitig hegt sie ein ausdrückliches Wohlwollen für „patriotische europäische Parteien“. Die Erzählung vom „Europa der Vaterländer“ wird damit nicht mehr nur aus Moskau, sondern auch aus Washington befeuert.

Ein souveränes Europa „mit Blick nach Osten“ sollte jedoch nicht als Loslösung vom Westen missverstanden

³⁵ Ibid.

³⁶ vgl. Gudrun Hentges und Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.), *Europa – quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011).

werden. Sicherheitspolitisch wäre es verhängnisvoll, EU und NATO gegeneinander auszuspielen. Entscheidend ist ihre Komplementarität, mit der NATO als Rahmen kollektiver Verteidigung – zumindest bis eine tragfähige Alternative mit dem Vereinigten Königreich und den USA gefunden ist. „Souveräner“ zu werden kann auch bedeuten, über neue Bündnisse in Gestalt minilateraler Formate wie Weimar Plus, E3 oder E5 nachzudenken, an die Sachsens Dreiländerraum unmittelbar anschließen kann. Dasselbe gilt für Außenhandels- und Wirtschaftspolitik. Sie muss die Identitätsebene mitdenken und Regionen ansprechen, die Strukturwandel als Dauerzustand kennen. Wenn europäische Wirtschaftspolitik als Interessenvertretung – etwa durch Handelsschutz nach außen oder industriepolitische Maßnahmen nach innen – erlebt wird, nicht als Brüsseler Regulierungsprojekt, entsteht die Grundlage für außenpolitische Zustimmung.

Die Leerstelle, an der sich entscheidet, welche Europa-Lesart sich durchsetzt, ist die Formel „(Ost-) Deutschland zuerst“, die mehrfach geäußert wurde. Denn sie kann einerseits als selbstbewusste Teilhabeförderung verstanden werden, andererseits jedoch auch als resignative, nationalautoritäre Abschottung. Welche Bedeutung sie annimmt, hängt nicht an Ostdeutschland allein, sondern daran, ob die demokratische Mitte das Bild eines souveränen, nach Osten geöffneten Europas offensiv besetzt, bevor es die Ränder tun, etwa mit Formaten, die Mitteleuropa sichtbar ins Zentrum rücken. Dabei geht es nicht um „Interessen statt Werte“: Werte spielen durchaus eine Rolle, aber nur dann, wenn sie angemessen gerahmt und in der richtigen Reihenfolge vermittelt werden. Erst wenn Interessenverfolgung glaubwürdig gelingt, schafft sie die Grundlage dafür, dass Werte gehört werden – und nicht als Vorwand für Politik auf Kosten anderer erscheinen.

Empfehlungen und Ausblick

Ausgangspunkt dieser Studie war die Frage, auf welche gesellschaftlichen Resonanzböden die (Anti-)Zeitenwende trifft, und welche Spielräume es für eine zustimmungsfähigere Außenpolitik jenseits von Anti-Establishment-Mobilisierung gibt. Es scheint dabei weniger um das „Ob“ der Transformation als um das „Wie“ zu gehen: um die Verteilung von Lasten und Chancen, um Beteiligung und um die Erzählung, in die Außenpolitik eingebettet wird. Sachsen lässt sich als Seismograph lesen: Ausschläge, die hier verzeichnet werden – die Verschränkung von Verteilungs- und Identitätsfragen, das Gefühl, nur „Spielball der Großmächte“ zu sein, und der Transformationsstress –, werden früher oder später auch in anderen Transformationsregionen westlicher Demokratien, vom Saarland bis in den Rust Belt, eine Rolle spielen. Die folgenden Empfehlungen richten sich bewusst nicht nur an Politik und Behörden – vom Auswärtigen Amt über die europäische Ebene bis zu Ländern und Kommunen –, sondern ebenso an Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Vermittler. Die politischen Ränder profitieren von langfristig gewachsenen Ressentiments und Misstrauen. Der Wiederaufbau von Vertrauen und Resonanz erfordert deshalb einen Mentalitätswechsel: vom Sprint in den Marathon, von einmaliger Botschaft zu dauerhafter Präsenz. Das gelingt nicht allein durch bessere Kommunikation, sondern durch konkrete Änderungen in drei Bereichen: prozedural, distributiv und programmatisch.

PROZEDURAL: ZU DEN MENSCHEN

Prozedural heißt, zu den Menschen zu gehen – denn außenpolitische Zustimmung lässt sich nicht „besser kommunizieren“, solange die Frage von Teilhabe und Repräsentation ausgeklammert wird. Beteiligungsformate, von Bürgerräten zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen bis hin zu niedrigschwelligen regionalen Dialogformaten, sind keine Politikfolklore, sondern eine Voraussetzung dafür, dass außenpolitische Argumente überhaupt gehört werden. Dass zu Außenpolitik offenbar „noch nie jemand“ an unsere Befragten herangetreten ist, zeigt, wie viel Spielraum es hier noch gibt. „Bottom-up“ heißt dabei zweierlei: dort ansetzen, wo Menschen ohnehin zusammenkommen – am Kneipentisch, im Verein, im Betrieb und in der Berufsschule –, und die

Richtung umkehren, in der Wissen wandert. Es geht nicht nur darum, Außenpolitik in der Region zu erklären, sondern auch darum, regionale Erfahrungen in die Ressorts zurückzutragen. Dazu gehören lokale Türöffner, Peer-Austausch unter Menschen mit ähnlichen Erfahrungen über Regionen- und Ländergrenzen hinweg sowie Kontinuität statt einmaliger Besuche – wohlwissend, dass dies nur mit Unterstützung regionaler Akteure gelingen kann.

1. Transformationskompetenz erkennen, Teilhabe sicherstellen

Der Elitenmonitor der Universität Leipzig schätzt den Anteil Ostdeutscher in Spitzenpositionen auf etwa 12 Prozent (bei rund 20 Prozent Bevölkerungsanteil). In militärischen Führungspositionen liegt er sogar nahe null. Wer außenpolitische Resonanz anstrebt, sollte qualitative wie deskriptive Repräsentation ernst nehmen und mit konkreten Instrumenten unterfüttern. Dazu gehören gezielte Rekrutierungs- und Karrierepfade im Auswärtigen Dienst, im Verteidigungsministerium und der Bundeswehr, Quereinstiege und Abordnungen aus den ostdeutschen Ländern, sichtbare Besetzungen in sicherheitspolitischen Gremien und Delegationen sowie Auswahlverfahren, die Transformationsbiografien nicht als Bruch, sondern als Qualifikation begreifen. Entscheidend ist die konstruktive Anwendung: Transformationskompetenz ist eine Ressource, die ein Land in Zeiten des sicherheits- und wirtschaftspolitischen Umbruchs braucht. Berlin kann von dieser Kompetenz profitieren. Praktikerinnen und Praktiker aus der Lausitz, aus Zwickau oder Mitteldeutschland können ihre Erfahrung dorthin tragen, wo Transformation heute geplant wird: in Ressorts, Planungsstäbe und die sicherheitspolitischen Akademien. Die Formel der Ostbeauftragten, „Repräsentanz schafft Akzeptanz“, bleibt bislang noch eine Hypothese; angesichts der Befundlage jedoch eine, deren Erprobung sich Staat, Unternehmen und Gesellschaft leisten sollten.

2. Beteiligung in der Fläche – global-lokal und zurück

Um außen- und sicherheitspolitische Debatten nachhaltig in den ostdeutschen Semiperipherien zu verankern und deliberative Strukturen zu stärken, sollten das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Verteidigung, Landes- und Kommunalbehörden, aber auch Thinktanks dezentrale Beteiligungsformate vor

Ort verankern. Statt auf zentralisierte, folgenarme Großveranstaltungen in den Metropolen zu setzen, sollte systematisch auf bereits bestehende, vertraute Alltagsstrukturen aufgebaut werden. Volkshochschulen und Berufsschulen sind Orte, um gemeinsam mit Lehrenden praxisnahe Formate zu entwickeln. Das gilt gleichermaßen für Gewerkschafts-, Handwerks- und IHK-Strukturen. Ein Schlüssel zu Skalierung und Akzeptanz liegt in der Einbindung lokaler Scharnierpersonen wie Betriebsräten, Ortsvorstehern, Pfarrerinnen und Wirtschaftsvertreterinnen, die als glaubwürdige Multiplikatorinnen den Dialog in ihren Gemeinden, Vereinen und Betrieben weitertragen können. Flankieren lassen sich diese Formate durch Kneipenabende, bei denen Zuhören vor Werben und Erklären steht. Zudem sollte möglichst wenig frontal oder als Panel kommuniziert werden, sondern wie in dieser Studie erprobt: Es braucht Expertinnen und Experten an Kneipentischen als Ansprechpartnerinnen und Zuhörer. Die Diskussion sollte derweil bei den Teilnehmenden selbst liegen. Ergänzend bieten sich Peer-Formate über Grenzen hinweg an, die Gleichbetroffene aus ähnlichen Strukturwandelregionen im wechselseitigen Austausch zusammenbringen. Bergleute aus West Virginia und der Lausitz können zum Thema Energiesicherheit ins Gespräch kommen; Ford-Betriebsräte aus Michigan können mit Renault-Personal aus Mulhouse und VW-Mitarbeitern in Zwickau über die Transformation der Automobilindustrie sprechen; und Menschen aus dem Rheinland, der Lausitz, Niederschlesien und Ústí über den Strukturwandel.

DISTRIBUTIV: WIRTSCHAFTLICHEN NUTZEN SCHAFFEN

Distributiv gilt es, sichtbare Teilhabe herzustellen, denn die Zeitenwende lässt sich im Osten nicht als Bruch wegerklären. Als reines Kommunikationsangebot greift sie zu kurz. Politikerinnen und Politiker sollten deshalb darauf hinwirken, dass Außenpolitik auch materiell vor Ort spür- und sichtbar wird. Die Ansiedlung von Produktions- und Instandsetzungskapazitäten, regionalen Wertschöpfungs- und Vergabezusagen, die Verzahnung von Verteidigungspolitik mit aktiver Struktur- und Industriepolitik können als Beschäftigungsbrücken dienen. Sie sind allerdings kein Allheilmittel. Verteilungs- und Identitätsfragen müssen zusammen behandelt werden, weil materielle Sorgen und Zugehörigkeitsfragen einander verstärken. Das bedeutet auch, Probleme, Lösungen und Kosten gleichermaßen offen zu benennen. Erst wenn die Region nicht nur die Lasten trägt, sondern auch

einen potenziellen Nutzen sieht, wird Außenpolitik anschlussfähig.

3. Verteidigungsinvestitionen in regionaler Wertschöpfung verankern

Die Verteidigungsinvestitionen der kommenden Jahre – 2026 waren es bereits rund 108 Milliarden Euro – bilden eines der größten industriepolitischen Programme seit der Wiedervereinigung. Grundlage dafür ist eine belastbare Infrastruktur. Investitionen in Schiene, Straße, Energie und Digitalisierung sollten ausgebaut und zügig umgesetzt werden, denn ohne lassen sich weder Ansiedlung noch regionale Wertschöpfung schaffen. Der Ettersburger Grundsatz – wer mitbezahlt, soll auch profitieren – sollte in konkrete Vergabepaxis übersetzt werden: durch regionale Wertschöpfungs- und Ansiedlungsziele bei Beschaffung und Instandsetzung und flankiert durch eine soziale Kohäsionskomponente in den europäischen Rüstungs- und Resilienzprogrammen. Besonderes Augenmerk sollte auf Dual-Use-Technologien liegen – von Optik und Photonik über Sensorik bis zur Mikroelektronik –, deren Nutzen über den reinen Rüstungssektor hinausreicht. Entscheidend ist, nicht nur Produktion, sondern auch Forschung und Entwicklung in die Region zu holen. Da die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur unter dünnen F&E-Kapazitäten und dem Erbe der „verlängerten Werkbänke“ leidet, entscheidet die Ansiedlung wertschöpfungsintensiver Entwicklungsfunktionen darüber, ob aus kurzfristigen Aufträgen eine dauerhafte Standortstärke wird. Hier ist langfristiges Denken gefragt. Die Grenzen der Konversion müssen offen kommuniziert werden und Rüstung darf von der Politik nicht als Ersatz für Strukturpolitik verkauft werden.

4. Corporate Democratic Responsibility

Die Gespräche, die diesem Bericht zugrunde liegen, lassen sich an die Werkbank verlängern. Unternehmen sollten – in der Rolle des Gastgebers, nicht des politischen Absenders – gemeinsam mit Berufsschulen und Think Tanks Austauschformate ermöglichen, die Weltlage und Werkbank verbinden – und zwar aus der Rolle des Gastgebers und nicht des politischen Absenders heraus. Was bedeuten Exportmärkte, Lieferketten, Sanktionen und die Zeitenwende für den eigenen Standort und den Arbeitsplatz? Diese Formate erreichen Menschen während ihrer Arbeitszeit, statt sie zum Besuch zusätzlicher Abendveranstaltungen zu verpflichten und sie bringen Außenpolitik dorthin, wo ihre Folgen konkret erlebt werden. Insbesondere Unternehmen, die von Rüstungsinvestitionen und Ansiedlungsförderung profitieren, stehen hier in der Verantwortung. Dieses Engagement

ist dabei keine Zumutung von außen, sondern folgt im Sinne einer „Corporate Democratic Responsibility“ dem eigenen Resilienzinteresse: Wer auf stabile Rahmenbedingungen, Fachkräfte und offene Märkte angewiesen ist, investiert mit einer Stärkung der lokalen demokratischen Kultur in genau die Bedingungen, die den Standort tragen. Ein demokratisch gefestigter Standort wird so zu einem wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gut.

PROGRAMMATISCH: EUROPA ZWISCHEN OST UND WEST

Programmatisch sollte der Wunsch nach einem souveränen Europa zwischen Ost und West politisch aufgegriffen werden. Umkämpfte Erzählungen wie die Idee eines souveränen Europa dürfen nicht den politischen Rändern überlassen werden, sondern sollten offensiv positiv besetzt und regional verankert werden. Grenzregionen wie Sachsen können als europäische Kernregionen verstanden und überregional verbindend bespielt werden, etwa durch minilaterale Formate und sichtbare mitteleuropäische Foren. Dabei kann die EU ihre Rolle als Schutzschild und Problemlöser wahrnehmen: als Rahmen, der Arbeitsplätze schafft und sichert, Verhandlungsmacht gegenüber Washington und Peking bündelt und an eine gemeinsame Geschichte anschließt.

5. Schutzschild und Problemlöser

Seit die Erzählung vom „Europa der Vaterländer“ nicht mehr nur aus Moskau, Budapest oder Schnellroda,³⁷ sondern auch aus Washington befeuert wird, ist die Deutungshoheit über den Souveränitätsbegriff unmittelbar sicherheitsrelevant. Die demokratische Mitte sollte ihn offensiv und positiv besetzen: Europa nicht als Zumutung oder Regulierungsprojekt, sondern als Schutzschild und Problemlöser einer Gesellschaft, die sich zwischen autoritären Kräften behaupten muss. Europa ist der Rahmen, in dem Deutschland und seine Nachbarn groß genug sind, um nicht nur „Spielball der Großmächte“ zu sein. Diese Erzählung greift eine Sorge auf, die Befragte selbst formulieren: Deutschland allein sei zu klein, um sich zu behaupten. Konkret wird sie in minilateralen Formaten, an die Sachsens Dreiländerraum unmittelbar anschließen kann. Entscheidend ist, dass sie regional erlebbar bleibt – und hier wird sie auch materiell relevant: Grenzüberschreitende Alltagsinfrastruktur ist

gelebte Europapolitik. Wo die Verbindung zur polnischen Partnerstadt an 600 Metern fehlender Elektrifizierung scheitert, kippt der europäische Vergleich vom Versprechen zur Kränkung – die Sorge, zum „Bürger dritter Klasse“ zu werden, hat eine konkrete und messbare Infrastrukturseite. Ein priorisiertes Programm grenzüberschreitender Projekte – Schiene, Energie, Rettungswesen und berufliche Mobilität –, EU-kofinanziert und mit sichtbaren Etappen, könnte die Europafrage dort beantworten, wo sie gestellt wird: im Alltag. Europäische Souveränität beginnt für eine Grenzstadt mit der elektrifizierten Bahnverbindung, nicht beim Strategiepapier.

6. Ein Görlitz Security Forum: Mitteleuropa ins Zentrum rücken

Die Vision eines nach Osten geöffneten Europas darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern muss sichtbar werden. Europa-, Bundes- und Landesebene sollten deshalb in Kooperation mit lokalen Partnern, Stiftungen und Think Tanks und in Anlehnung an die Münchener Sicherheitskonferenz ein regelmäßiges, hochrangig besetztes Sicherheitsforum in Görlitz aufbauen. Ein solches Format sollte Mitteleuropa ins Zentrum stellen und polnische, tschechische, skandinavische und baltische Partner miteinbeziehen – und neben Regierungen und Fachwelt auch die Region selbst einbinden, um Außenpolitik konkret erlebbar und diskutierbar zu machen. Das ist kein hochtrabendes, von der Politik verordnetes Konzept, sondern eine Idee unserer Gesprächspartnerinnen und -partner, also von der Region für die Region. Ein solches Forum würde die Grenzlage vom rhetorischen „Pfund“ zur institutionellen Funktion aufwerten. Ostdeutschland und Mitteleuropa wären hier nicht die Peripherie des Westens, sondern die Mitte eines zusammenwachsenden Europas. Ein Görlitzer Sicherheitsforum wäre also die konstruktive Übersetzung der im Diskussionsteil dokumentierten „180-Grad“-Forderung: in eine bündnisfeste, EU-komplementäre und vor Ort verankerte Politik.

37 Schnellroda im sachsen-anhaltinischen Burgenlandkreis war jahrzehntelang Sitz des Instituts für Staatspolitik, eines neurechten Stichwortgebers und Think Tanks für eine zunehmend global vernetzte Rechte, vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500828/institut-fuer-staatspolitik-ifs/>

FAZIT: VOM SPRINT IN DEN MARATHON

Diese Empfehlungen sind eine praktische Liste von Möglichkeiten, der Außenpolitikverdrossenheit und mangelnden Anschlussfähigkeit der Mitte in Ostdeutschland zu begegnen. Sie lenken den Blick auf eine bislang unterschätzte innere Flanke der Zeitenwende. Gefragt ist dabei nun ein Wechsel vom Sprint in den Marathon. Die Zeitenwende wurde im Eiltempo eingeleitet. Gesellschaftliche Vertrauensbildung folgt aber einer anderen Zeitrechnung, besonders in Transformationsregionen. Die zukünftigen Handlungen politischer und gesellschaftlicher Akteure vor Ort brauchen Zeit, Iteration und Durchhaltevermögen – und Formate, die wiederkommen, statt nur einmal in der Region Halt machen. Ideen wie ein Görlitzer Security Forum oder Austauschformate in Unternehmen zwischen Weltlage und Werkbank, bieten konkrete Ansätze, die genau das leisten könnten.

Dabei geht es nicht nur darum, einen Resonanzraum zu besetzen, bevor es die politischen Ränder tun. Es geht auch um eine Ressource, die bislang kaum genutzt wird: die Transformationserfahrung ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Kompetenz im Umgang mit Umbruch, Ungewissheit und Neuanfang. Wenn die demokratische Mitte diese Erfahrung nicht als Defizit, sondern als Kompetenz und Identität aktiviert, besetzt sie nicht nur einen umkämpften Raum. Sie schafft zugleich die Grundlage dafür, dass aus geteilter Erfahrung auch geteilte Zugehörigkeit erwächst. Genau daran wird sich bemessen, ob die Zeitenwende ein Berliner Projekt bleibt oder zu einem gesamtgesellschaftlichen Vorhaben wird, das auf Teilhabe und Kohäsion baut. Das Ende der Friedensdividende stellt die deutsche Gesellschaft vor weit mehr Fragen, als Aufrüstung allein beantworten kann. Es geht um die Verteilung von Lasten und die Stimme derer, die sie tragen. Aufrüstung mag die äußere Sicherheit stärken – innere Sicherheit entsteht nur dort, wo Menschen sich als Teil eines Ganzen wiederfinden.



Advancing foreign policy. Since 1955.

Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel. +49 30 254231-0
info@dgap.org
www.dgap.org
 @dgapev

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu aktuellen Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik. Dieser Text spiegelt die Meinung der Autorinnen und Autoren wider, nicht die der DGAP.

Die DGAP ist gefördert vom Auswärtigen Amt aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.

ISSN 2198-5936

Redaktion Kai Schnier

Layout Marie Bauer

Design Konzept WeDo

Coverfoto © IMAGO / photothek

Foto Autor Corinna Mehl



This work is licensed under a Creative Commons
Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0
International License.